

ARBEIT – EINKOMMEN – FLUCHTPUNKT

# „AUFSTEHEN FÜR DIE SOZIALE STADT

» **Kopftuch-Debatte:**  
Freiheit der Religionen oder neutraler Staat?

» **Demokratische Beteiligung:**  
Lehren aus dem Mieten-Volksentscheid

» **Sprengkraft der Ökologie:**  
Erinnerungen an die DDR Umweltbewegung

STACHILIGE GRÜNE  
**ARGUMENTE**

# Inhalt

## SOZIALE STADT

Editorial . . . . .	3
Berliner Flüchtlingspolitik: Der Entwicklung immer hinterher . . . . .	6
Solidarisches Berlin: Allein gelassene Helfer . . . . .	8
Förderung vom Jobcenter: An der Wirklichkeit vorbei . . . . .	9
Familien in Not: Armutsrisiko Kinder . . . . .	10
Prekär beschäftigt im öffentlichen Auftrag . . . . .	11

## AKTUELLES

Kopftuch: Staat und Schule müssen neutral bleiben . . . . .	12
Ein Urteil für die Religionsfreiheit . . . . .	13
Studierendenhauptstadt Berlin: Langes Warten auf große Versprechen . . . . .	14
Wissenschaftszeitvertragsgesetz in der Kritik: Gute Wissenschaft braucht gute Verträge . . . . .	15
Umweltfreundliches Bauen: Ein Earthship für Berlin. . . . .	16
Risiko-Investitionen in fossile Energie: Berlin verschläft den Klimaschutz . . . . .	18
25 Jahre deutsche Einheit: Die politische Sprengkraft der Ökologie . . . . .	19
In eigener Sache: Die Pädophilie-Debatte in den „Stachligen Argumenten“ . . . . .	20
Wo geht's zum grünen Wahlprogramm? . . . . .	21
Neue Weichenstellungen in der Mietenpolitik . . . . .	22
Berlinkonferenz: Zukunft gestalten. Ideen für Berlin . . . . .	24
Bildungskongress: Gute Schule 2030 . . . . .	25

## AUS DEN KVEN UND TAGEN

LAG Wissenschaft: Prekäre Wissenschaft? Nicht mit uns! . . . . .	26
LAG Europa: TTIP, CETA und TISA stoppen. . . . .	26
Steglitz-Zehlendorf: Im Gespräch mit der Wirtschaft. . . . .	27
LAG Medien: Für hochwertigen Öffentlich-rechtlichen Rundfunk . . . . .	28
Grüne Jugend Berlin: Eine Schule für alle! . . . . .	28
Nachruf Angelika Höhne . . . . .	29

## AUS DER FRAKTION

Kreativwirtschaft: Von Perlen und Haifischen . . . . .	30
Zweckentfremdungsverbotsgesetz: Grüner Druck zeigt Wirkung. . . . .	30
Senat verschläft E-Government. . . . .	31
Eine notwendige Streichung „Rasse“ hat in der Verfassung nichts verloren . . . . .	32
Hasskommentare und Cybergewalt ächten . . . . .	32
Berlin als Raum der Möglichkeiten: Nachhaltig investieren, Teilhabe garantieren. . . . .	33

## RUBRIKEN

Impressum . . . . .	34
Grünes Glossar. . . . .	34
Lokale AnsprechpartnerInnen. . . . .	34
Inhaltliche AnsprechpartnerInnen. . . . .	35
Termine . . . . .	35



# Editorial

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

sind die Jobcenter den Arbeitslosen wirklich eine Hilfe beim Weg ins Erwerbsleben? Gewährt wenigstens Berlin selbst seinen Beschäftigten ein faires Einkommen? Was tut die Stadt für Kinder und Familien? Das waren die Fragen, die wir uns vor der Sommerpause für diese Ausgabe der „Stachligen Grünen Argumente“ stellten. Das geplante Schwerpunkt-Thema: „Soziale Teilhabe – soziale Stadt“. Das Thema „Flüchtlinge“, so glaubten wir, hätten wir schon genügend abgehandelt.

Die aktuelle Entwicklung ließ den letzten Gedanken zur Makulatur werden; das Flüchtlingsthema beherrscht wieder unseren Schwerpunkt. Zu Recht! Denn die Frage, wie diese Stadt mit den Flüchtlingen umgeht, ist ein entscheidender Gradmesser für die Frage, wie es um die soziale Teilhabe, um die soziale Stadt bestellt ist.

Aber auch die meisten anderen Themen, denen wir uns widmen, haben mit gesellschaftlicher Teilhabe zu tun. Das gilt zum Beispiel für die Kopftuch-Debatte. Soll es muslimischen Lehrerinnen erlaubt sein, ein Kopftuch zu tragen, dürfen MitarbeiterInnen des Öffentlichen Dienstes bei der Arbeit ihren Glauben – sei es in Form von Kopftuch oder Kreuz – offen zur Schau stellen? Wir lassen Pro und Contra zu Wort kommen. Und um Teilhabe geht es auch bei einem anderen großen Thema: Welche Lehren zieht die Stadt, ziehen wir Grünen aus dem Mietenvolksentscheid?

Dazu beschäftigen wir uns mit der DDR-Umweltbewegung, der Zukunft des ökologischen Bauens, berichten über Aktuelles aus unseren Landesarbeitsgemeinschaften, Kreisverbänden, der Abgeordnetenhausfraktion.

Wir hoffen, eine gelungene Mischung gefunden zu haben, wünschen Euch eine spannende Lektüre.

*Die Redaktion*

Jeden Tag machen sich  
weitere Menschen auf den  
Weg nach Deutschland, um  
Zuflucht zu suchen.  
Foto: Erik Marquardt



## Aufstehen für die soziale Stadt

Flüchtlinge versorgen, sie vor rassistischen Angriffen schützen: Es waren vor allem ehrenamtliche HelferInnen, die in den vergangenen Monaten diese eigentlich staatlichen Aufgaben übernahmen. Und: Es war nicht das erste Mal, wird sicher nicht das letzte Mal sein, dass engagierte BürgerInnen einspringen, wo die Behörden wegschauen, versagen oder schlicht überfordert sind. Das hat aber auch sein Gutes. Diese Form der Teilhabe für eine soziale Stadt, ein soziales Land zeigt nämlich: Die Zivilgesellschaft kann den Staat zwar nicht ersetzen, aber sie ist um einiges weiter, agiler und flexibler, als es die staatlichen Institutionen sind, vielleicht niemals sein können. Eines muss dabei ohnehin ganz klar sein: Die soziale Stadt kommt nicht von oben, sie fällt nicht vom Himmel, ist nicht das Resultat eines Parlamentsbeschlusses. Die soziale Stadt muss täglich erstritten werden, durch BürgerInnen, die dafür ihre Stimme erheben, sich engagieren, für sie auf die Straße gehen.

Gartenfest in der Flüchtlingsunterkunft  
Maxi-Wander-Straße  
Foto: Regina Friedrich

## Berliner Flüchtlingspolitik

# Kleine Schritte oft in richtiger Richtung, doch der Entwicklung immer hinterher

Rund 60 000 Menschen hausen in „Erstaufnahmeeinrichtungen“ und „Gemeinschaftsunterkünften“, in Turnhallen oder notdürftig hergerichteten Wohncontainern. Die Schlangen vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales in Moabit, wo sich die Neuankömmlinge registrieren lassen müssen, werden kaum kürzer. Ohne den Einsatz unzähliger freiwilliger HelferInnen, ohne die Spendenbereitschaft der BerlinerInnen wäre wohl nicht einmal mehr die minimalste Versorgung der Flüchtlinge zu gewährleisten. Politik und Verwaltung hinken – wieder einmal – hinterher.

Dabei könnte mit verhältnismäßig geringem Aufwand einiges erreicht werden. Eine jederzeit erreichbare, beim Senat angesiedelte Zentralstelle für das Ehrenamt wäre in der Lage, spontan angebotene Hilfe dort anzubringen, wo sie gerade gebraucht wird, sei es der Dolmetscherdienst oder die Begleitung beim Weg zu den Ämtern. Eine solchen Zentralstelle war eine der ersten Vorschläge, die der „Beirat für Zusammenhalt“ dem Senat unterbreitete. Passiert ist nur wenig.

Vor einem Jahr wurde dieser Beirat – Mitglieder sind der Ex-Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen und die früheren SenatorInnen Ingrid Stahmer, Heidi Knaake-Werner und Wolfgang Wieland – ins Leben gerufen. Ursprünglich sollte er „nur“ rund um die neuen Flüchtlingsheime den „Dialog mit der Bevölkerung“ organisieren, entwickelte sich aber zum Ratgeber des Senats, zum Monitor Berliner Flüchtlingspolitik. Der frühere bündnisgrüne Justizsenator und Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wieland machte dabei die Erfahrung: Senat und Verwaltung sind gar nicht so beratungsresistent, wie manche in der Opposition glauben. Aber meist werden Vorschläge erst verspätet aufgegriffen, dann nur schwerfällig umgesetzt.

Bei der Suche nach geeigneten Flüchtlingsunterkünften dürfe es keine Tabus geben, meinte der Beirat für Zusammenhalt, nannte bereits vor über einem halben Jahr den Flughafen Tempelhof und das ICC als mögliche Stand-

orte. Zu der Zeit war der Senat noch vehement dagegen. Nun ist klar: Flüchtlinge ziehen auch ins ICC und den Flughafen ein.

### Abschied von üblichen Regeln und Standards

Zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben braucht es aber eben nicht nur freiwillige Helfer, sondern vor allem eine vorausschauende Politik, eine flexibel agierende Verwaltung. Das bedeutet hier auch: Von manchen bewährten Regeln, von manchen Standards wird man vermutlich Abschied nehmen müssen.

Berlins Bezirke sollen nun dem Senat alle ihre Gebäude, vor allem Turnhallen, nennen, die für die Unterbringung von Flüchtlingen infrage kommen. Die Gebäude, die da aufgelistet werden, haben mitunter aber keinen Brandschutz, keine hinreichenden Sanitäreinrichtungen. Müssten die von der Liste nicht wieder gestrichen werden? Unter anderen Umständen wäre das vermutlich die beste Option. Aber, so meint Wolfgang Wieland: „Auf den Brandschutz können wir keinesfalls verzichten. Also wird man solche Gebäude entsprechend den Möglichkeiten umbauen müssen.“ Das ist im Einzelfall nicht immer ideal, aber gegenwärtig kaum anders zu machen.

Viele derjenigen, die noch in den „Gemeinschaftsunterkünften“ leben, sollten als anerkannte Flüchtlinge ohnehin längst mit „regulärem“ Wohnraum versorgt sein. Aber, so weiß das grüne Beiratsmitglied: „Die Gruppe der Flücht-

linge, die von einer Not- oder Gemeinschaftsunterkunft in eine richtige Wohnung ziehen, ist äußerst überschaubar.“

Selbst, wenn eine Flüchtlingsfamilie eine dauerhafte Bleibe findet, kann sie noch nicht da einziehen. Ein skurril erscheinender Fall aus der Berliner Praxis: Eine Flüchtlingsfamilie findet eine erschwingliche Unterkunft, aber das zuständige Sozialamt übernimmt die Kosten nicht – weil die Wohnung für die Familie zu klein ist! Also bleibt sie in der überfüllten Sammelstelle. Natürlich ist es gut, dass Empfänger von Sozialleistungen Anspruch auf hinreichend Wohnraum haben – aber müssen die Vorschriften hier wirklich so ausgelegt werden?

Um die Vielzahl der Flüchtlinge mit Bleiberecht auf Dauer unterzubringen, ist aber sowieso ein gewaltiges zusätzliches Bauprogramm erforderlich. Nur: Weil das schnell umgesetzt und preisgünstig sein muss, wird man da auf die bei vielen verpönte Fertigbauweise nicht verzichten, die Standards, die mittlerweile auch im Sozialen Wohnungsbau gelten, nicht halten können. Diese Neubauten, sagt Wolfgang Wieland, müssten auch nicht unbedingt in Berlin stehen, könnten bei Bedarf auch im Umland gebaut werden. Die Wohnungswirtschaft, die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, so zeigten die Gespräche mit den Beiratsmitgliedern, sind zu solchen Bauvorhaben jedenfalls bereit. Was fehlt, ist ein entsprechendes Senatsprogramm.

### Ein Blick in die Statistik

Die Statistik Anfang September: Im Juli 2015 wurden 4100 Flüchtlinge in Berlin aufgenommen, im August lag die Zahl bei 5300. Nach Angaben der Sozialverwaltung gibt es derzeit



Wie hier in Hamburg baut der Senat in Spandau eine Zeltstadt für Geflüchtete auf. Zumindest bis zum Winter. Foto: An-d/Wikimedia CC BY-SA 3.0

jeden Monat einen Anstieg von rund 1000 – wobei an manchen Tagen aber auch zwischen 300 und 600 Neuankömmlinge gezählt werden. Verlässliche Prognosen über die zu erwartende Entwicklung gibt es nicht.

Klar ist allerdings, so Wieland: Die im Rahmen eines solchen Programms entstehenden Wohnungen könnten nicht nur mit Flüchtlingen belegt werden. Diese neuen Wohnsiedlungen sollten eine Mischung bieten mit „normalen“ MieterInnen und einem großen Kontingent von Wohnberechtigten im sozialen Wohnungsbau. Auch für die entstehenden also Wohnungen, die sie sich leisten können – aber eben zu geringeren Standards als heute üblich.

### Integration läuft auch über die Ein-Euro-Jobs

Wesentlich für die Integration der Flüchtlinge ist und bleibt aber die Versorgung mit Arbeit. Ein Vorschlag, die Vermittlung

zu beschleunigen: Schon bei der Erstaufnahme könnten Neuankömmlinge nach ihrem Beruf und ihrer Qualifikation gefragt werden. Doch auch das, so glaubt Wolfgang Wieland, würde nur einer kleinen Gruppe von Flüchtlingen schneller zu einem Job verhelfen. Unerlässlich für das grüne Beiratsmitglied: „Ausländische Abschlüsse müssten unbürokratisch und schneller anerkannt werden. Von einem Flüchtling aus Aleppo zu verlangen, er solle in Syrien beglaubigte Zeugniskopien anfordern, ist doch weltfremd. Stattdessen könnte man ihn doch auch eine bestimmte Zeit zur Probe arbeiten lassen.“

Doch dabei muss man sich über eines im klaren sein:

Selbst unter den im Vergleich zu anderen Flüchtlingsgruppen im Durchschnitt gut qualifizierten syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen gibt es eine hohe Analphabetenquote, haben viele gar keine Ausbildung, spricht die Hälfte nur arabisch.

Integration in den Arbeitsmarkt bedeutet hier also zunächst Vermittlung von Sprachkenntnissen, Vermittlung in den „zweiten Arbeitsmarkt“, in die so genannten Ein-Euro-Jobs. Da gilt es dann aufzupassen, dass solche Ein-Euro-Jobs nicht reguläre Arbeitsplätze vernichten – eine Aufgabe, für die Arbeitsagentur und Jobcenter noch gerüstet werden müssen.

## Solidarisches Berlin

## Allein gelassene Helfer



Über 30 Initiativen mit insgesamt rund 2000 Aktiven zählt die Szene der Berliner FlüchtlingshelferInnen: Kaum ein anderes Ereignis rief solches Engagement hervor wie das Eintreffen immer neuer Flüchtlinge. Doch die benötigte staatliche Hilfe für die HelferInnen fällt eher mau aus.

Es klang wie eine Erfolgsmeldung. Den ganzen Sommer über lief ohne die Ehrenamtlichen von „Moabit hilft“ vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) gar nichts mehr. Selbst die medizinische Versorgung der Verletzten und Kranken, die in brütender Hitze stundenlang vergeblich auf ihre Registrierung warten mussten, lag in den Händen der Freiwilligen. Ende August gab der Verein dann bekannt: Wir stellen alle koordinierenden Tätigkeiten ein, übergeben diese Arbeiten an die verantwortlichen Hauptamtlichen.

Waren die Behörden nun in der Lage und bereit, ihren Aufgaben nachzukommen? So

ganz konnten die Mitglieder von „Moabit hilft“ das wohl nicht glauben, zogen das skeptische Fazit: „Wir sind froh, dass nach monatelangem Versagen seitens der Politik (...) endlich die ersten Schritte in Richtung respektvoller Umgang mit flüchtenden Menschen erreicht sind.

Diese sind aber bei weitem noch nicht die Lösungsmodelle, die zufrieden stellender Natur sind. Aus diesem Grund werden wir weiterhin wachsam sein, uns in unserer Arbeit für Geflüchtete nicht bremsen lassen und immer wieder auf Missstände hinweisen.“

Immerhin hatte es „Moabit hilft“ mit dem Einsatz an einem der zentralen Orte der so genannten Flüchtlingskrise geschafft, bis in die TV-Hauptnachrichten zu kommen. So wurde weit über die Grenzen Berlins hinaus ein Bewusstsein geschaffen, wie sehr die Behörden überfordert sind, wie dringend die Flüchtlinge auf ehrenamtliche Hilfe angewiesen sind. Andere

Massenandrang bei der Essensausgabe: Nicht in der Dritten Welt – sondern in Berlin.  
Foto: Oliver Feldhaus

#### Kontakte und Adressen:

Wer mehr über die hier genannten Initiativen wissen, vielleicht selbst aktiv werden will:

Moabit hilft: [moabit-hilft.com](http://moabit-hilft.com)  
Hellersdorf hilft: [hellersdorfhilft.wordpress.com](http://hellersdorfhilft.wordpress.com)  
Solinar – Solidarische Nachbarschaft im Richardkiez: [solinar.de](http://solinar.de)  
Willkommen in Wilmersdorf: [willkommen-in-wilmersdorf.de](http://willkommen-in-wilmersdorf.de)

Initiativen operieren weniger im Blickfeld der Öffentlichkeit, aber nicht minder engagiert und wirksam. Die Flüchtlingsunterkunft im Rathaus Wilmersdorf zum Beispiel wurde die ersten drei Wochen faktisch nur von den Mitgliedern des Vereins „Willkommen in Wilmersdorf“ betrieben, die zusammen mit der Hochmeistergemeinde das Haus auch noch mit Waschmaschinen ausstatten. In Neukölln übernimmt die „Solidarische Nachbarschaft im Richardkiez“ langfristige Integrationsaufgaben, stellt einen Deutsch-Kurs für geflüchtete Frauen auf die Beine.

#### Politiker schwiegen zu den Hass-Attacken

Doch wer sich so engagiert, ist auch Anfeindungen ausgesetzt. Vor allem in Hellersdorf-Marzahn kommt es immer wieder zu Drohungen und versuchten gewalttätigen Übergriffen auf Geflüchtete und UnterstützerInnen, berichten die Mitglieder von „Hellersdorf hilft“. Der Bürgermeister wollte, so beklagen die HelferInnen, zunächst über die rechtsradikalen Aktivitäten in seinem Bezirk angeblich keine Kenntnis haben, die Polizei erhöhte ihre Präsenz vor Ort erst spät und zögerlich. Lange Zeit blieben die HelferInnen allein gelassen.

Das darf so nicht sein, sagt die bündnisgrüne Abgeordnete Susanna Kahlefeld, fordert vom Senat: „Wir wollen, dass die ehrenamtlichen Flüchtlingshilfer stärker vom Land unterstützt wird und die Zusammenarbeit mit den Behörden besser läuft. Bislang organisieren und finanzieren sich die Initiativen selbst. Der Senat muss erklären, warum er nicht schneller und unbürokratischer gehandelt hat.“

-tz

## Förderung vom Jobcenter

## An der Wirklichkeit vorbei

*Diese Zielvorgabe müsste ein Jobcenter problemlos erfüllen können: Die zur Verfügung stehenden Fördergelder werden tatsächlich abgerufen. Doch was der bündnisgrüne Sozialstadtrat Bernd Szczepanski von „seinem“ Neuköllner Jobcenter fordert, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Als er sein Amt antrat, schöpfte das Jobcenter gerade 70 Prozent der möglichen Mittel ab. Diese Quote konnte mittlerweile zwar auf rund 90 Prozent gesteigert werden, aber ein Grundproblem bleibt nach wie vor. Die Richtlinien der Bundesagentur für Arbeit, wie diese Fördergelder auszugeben sind, passen nicht zur Wirklichkeit in Neukölln – und auch nicht zur Realität anderer Regionen mit vergleichbarer Sozialstruktur.*

Für rund 6000 der Neuköllner Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen sind gegenwärtig die verschiedensten Fördermittel bewilligt. Etwa 1600 ALG-II-BezieherInnen nehmen an so genannten Aktivierungsmaßnahmen teil, 1500 machen eine Weiterbildung, rund 2000 haben eine „Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung“ (1,50-Euro-Job). Vergleichsweise wenig dagegen, nämlich 460, nutzen das Einstiegsgeld für den Schritt in die Selbstständigkeit, lediglich für 260 zahlt das Jobcenter einen Eingliederungszuschuss, also das Geld, das Firmenchefs motivieren soll, freie Stellen mit Langzeitarbeitslosen zu besetzen. Dieses Zahlenverhältnis zwischen den verschiedenen Förder-Varianten offenbart auch das Neuköllner Dilemma.

#### Starre Vorgaben nach Schema F

Die Bundesagentur für Arbeit verlangt von den Jobcentern nämlich, dass 75 Prozent der Mittel für die Eingliederung der ALG-II-BezieherInnen in den „regulären“ Arbeitsmarkt investiert werden müssen. Für Maßnahmen, die Langzeitarbeitslose im „zweiten“ Arbeitsmarkt unterbringen oder darauf vorbereiten, dürfen nur 25 Prozent ausgegeben werden. Bernd Szczepanski, seit einiger Zeit auch Vorsitzender der Jobcenter-Trägerver-

Jobcenterkritisches Plakat  
Foto: cucchiaio/wikimedia  
CC BY-NC-ND 2.0



sammlung: „Ein solches Zahlenverhältnis passt vielleicht in eine Region mit geringer Arbeitslosigkeit, wo auch die ALG-II-Bezieher eine Ausbildung haben, verhältnismäßig leicht vermittelbar sind. Wir haben es aber zum großen Teil mit Menschen zu tun, die nie eine Ausbildung machen konnten, mit Menschen, die nicht genügend Deutsch sprechen oder unter gesundheitlichen Problemen leiden. Da findet sich kaum eine Firma, die sie einstellen würde, ganz egal, welche Fördermittel eingesetzt werden.“ Deshalb brauche Neukölln ein anderes Fördermittel-Verhältnis als diese Schema-F-Vorgabe 75:25. Szczepanski: „Für uns angemessen wären 60 Prozent der Fördermittel für den ersten, 40 Prozent für den zweiten Arbeitsmarkt, oder noch besser 50:50.“

Mit der Forderung, von der starren Vorgabe der Nürnberger

#### Ein Viertel der Bevölkerung lebt vom ALG II

„Knapp 320 000 EinwohnerInnen zählt Neukölln – 77 800 davon beziehen Gelder vom Jobcenter. Diese 77 800 ALG-II-EmpfängerInnen leben in 39 150 „Bedarfsgemeinschaften“, zu denen aber auch die Kinder gerechnet werden. Rund 55 000 Menschen hat das Jobcenter als „aktive“ ALG-II-EmpfängerInnen, arbeitsfähige Erwachsene, registriert. Für Fördermaßnahmen, diese in den Arbeitsmarkt einzugliedern, stehen jährlich 58 Millionen Euro zur Verfügung.

Zentrale der Bundesagentur für Arbeit entsprechend den regionalen Verhältnissen abweichen zu können, steht der grüne Stadtrat aus Neukölln nicht allein. Schließlich sind auch andere Jobcenter mit ähnlichen Sozialstrukturen konfrontiert und auf der politischen Ebene spricht sich in Berlin auch der rot-schwarze Senat für eine variable Lösung aus. Doch derweil sieht die Praxis in den Jobcentern anders aus. Bernd Szczepanski: „Nürnberg schließt nach seinen starren Regeln mit den Geschäftsführern der Jobcenter die Zielvorgaben. Vorschläge, die davon abweichen, werden von der Zentrale der Bundesagentur abgeblockt.“

Damit das einmal anders wird, bedarf es also einer klaren politischen Ansage an die Bundesagentur.

df

## Familien in Not

## Armutsrisiko Kinder

Die Zahlen zeigen es deutlich: Berlin ist die „Hartz-IV-Hauptstadt“. Rund ein Fünftel der Menschen im erwerbsfähigen Alter erhalten Leistungen nach dem SGB II. Sie haben eine erhöhte „Armutgefährdungsquote“, wie es im schönsten Behördendeutsch heißt. Diese Quote gibt an, wie vielen Menschen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der jeweiligen Region zur Verfügung steht. Ein besorgniserregendes Bild ergibt sich, wenn man in den „Berliner Familienbericht 2015“ schaut, in dem diese „Armutgefährdungsquote“ nach sozialen Merkmalen aufschlüsselt wird. Für Haushalte mit zwei Erwachsenen und ohne Kinder ist die Quote seit 2005 leicht gesunken. Für Haushalte von Alleinerziehenden ist sie hingegen deutlich gestiegen, auf 36,3 Prozent im Jahr 2013. Auch Haushalte mit drei oder mehr Kindern sind deutlich stärker von Armut bedroht als andere Haushalte.

Bedeutet im Klartext: Wer Kinder hat, ist stärker von Armut gefährdet als Menschen ohne Kinder. Dass Kinder zum Armutsrisiko werden können, darf die Politik nicht zulassen. Sicher, auf Landesebene können wir die Höhe der Hartz-IV-Sätze und anderer Sozialleistungen kaum beeinflussen. Dennoch gibt es auch für die Berliner Politik einiges zu tun, um möglichst allen Kindern eine gute Kindheit zu ermöglichen.

### Häufiger Grund: Mietschulden

So sind Schulden ein häufiger Grund für Armut. Schulden, die nicht etwa durch ungezügelt einkaufen in Media-Markt, Karstadt und Co. entstanden. In

den meisten Fällen handelt sich um Mietschulden, in anderen Fällen geht es um Schulden aus der Vergangenheit der Familien. Eine Wohnungspolitik, die Wohnungen mit auch für Einkommensschwächere bezahlbaren Mieten schafft, ist ein wichtiger Schritt, um Armut gar nicht erst entstehen zu lassen.

Das Land Berlin kann noch mehr tun, um die Folgen von Armut für Familien und Kinder zu abzufedern. „Aber vor allem das Engagement des Sozialsenators hält sich leider in Grenzen“, kritisiert Marianne Burkert-Eulitz, grüne Abgeordnete und zuständig für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Die große Koalition hatte vollmundig im Koalitionsvertrag eine „ressortübergreifende Strategie“ gegen Kinderarmut versprochen. „Doch bis heute liegt nichts auf dem

Tisch“, sagt Burkert-Eulitz. Sie sieht viele gute Projekte in der Stadt, die Kinder aus ärmeren Familien beispielsweise bei den Hausaufgaben unterstützen oder vielfältige Freizeitangebote vorhalten. „Aber es fehlt die Vernetzung“, so dass viele Effekte schnell verpuffen.

Marianne Burkert-Eulitz kritisiert außerdem, dass sich der Senat meist nur in den sogenannten sozialen Brennpunkten engagiert und dadurch zur Stigmatisierung dieser Stadtteile beiträgt. „Grüne Familienförderung steht allen Familien offen, sie gibt Raum für Begegnung und gemeinsame Aktivitäten“, sagt Burkert-Eulitz.

Die Bürokratie ist ein weiteres Riesenproblem. Kinder von ALG-II-Empfängern können Leistungen aus dem sogenannten „Bildungs- und Teilhabepaket“ der Bundesregierung erhalten. Das heißt, sie können kostenfrei Musikunterricht bekommen oder ohne Beiträge zu zahlen Mitglied im Sportverein werden. Doch der Weg dahin ist mit Formularen gepflastert. Wer Wohngeld bezieht, muss ein anderes Formular ausfüllen als ein ALG-II-Empfänger. Für die Übernahme der Kosten für die Klassenfahrt des Kindes gibt es wieder ein anderes Formular.

Es gibt also viel zu tun. Aber die große Koalition interessiert sich nur halbherzig für dieses Thema und weigert sich sogar, einen Armutsbericht für die Stadt Berlin erstellen zu lassen. Wer jedoch effektiv unterstützen will, der muss als erstes einmal wissen, wo der Schuh am stärksten drückt.

MATTHIAS TANG



Grafik:  
Kalle Erlacher

## Kreativ, aber arm

## Prekär beschäftigt im öffentlichen Auftrag



Keine Frage, Berlin ist und bleibt angesagt. Immer mehr Menschen wollen hier leben, die Prognosen gehen von steigenden Einwohnerzahlen aus. Berlin ist die Hauptstadt der Kreativen, der KünstlerInnen und Innovativen. Wissenschaft und Kultur prägen das Image der Stadt.

Also alles paletti? Keineswegs. Denn wer in der Kreativwirtschaft tätig ist oder im sozialen Bereich arbeitet, verdient oft nur sehr wenig Geld. Die Fachsprache nennt so jemanden „prekär beschäftigt“. Im ärgsten Fall muss das mickrige Einkommen mit Hartz-IV-Leistungen aufgestockt werden. Prekäre Beschäftigung breitet sich in Berlin aus, über verschiedene Berufsgruppen und alle Bildungsniveaus hinweg. So hangeln sich viele WissenschaftlerInnen von Zeitvertrag zu Zeitvertrag, mit Zeiten der Arbeitslosigkeit dazwischen (siehe Seite 14 und Seite 26).

Viele dieser „prekär Beschäftigten“ arbeiten im öffentlichen Auftrag für freie Träger, die

vom Land oder den Bezirken finanziert werden. Wer zum Beispiel in einem Jugendprojekt arbeitet, sollte nach dem jeweils geltenden Tarifvertrag bezahlt werden. Doch die Zuwendungen steigen nicht automatisch, wenn Gewerkschaft und Arbeitgeber einen neuen Tarifvertrag mit höheren Gehältern ausgehandelt haben. Das stellt die Träger vor ein Dilemma: Entweder sie reduzieren den Umfang ihrer Arbeit oder sie zahlen keine Tariflöhne. Notwendig wäre es, die entsprechenden Etats automatisch anzupassen.

### Kulturbereich besonders betroffen

Noch dramatischer ist die Lage im Kulturbereich. Während es an den großen Theatern und den Opernhäusern in der Regel Festanstellungen gibt, arbeiten die KünstlerInnen, SchauspielerInnen oder MusikerInnen in der freien Szene auf Honorarbasis. Denn gefördert werden hier meist zeitlich befristete Projekte. Die Projekte und die

Jurys, die über die Vergabe der Fördergelder entscheiden, stecken in dem gleichen Dilemma: Entweder weiter auf die Selbstausbeutung der Kreativen setzen oder weniger Projekte realisieren, die dann aber annähernd fair bezahlt werden.

Diese „freie Szene“ ist für Berlins Kulturlandschaft aber genauso wichtig wie die renommierten Kulturinstitutionen. Spätestens mit der Einführung des Mindestlohnes müsste es für die freie Szene so etwas wie ein „Mindesthonorar“ geben, mit dem die KünstlerInnen ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Ein besonderes Beispiel sind die Musik- und Volkshochschulen. In den bezirklichen Musikschulen unterrichten fast ausschließlich Honorarkräfte, insgesamt mehr als 2000. In den Volkshochschulen der Bezirke arbeiten circa 3000 freiberufliche Honorarkräfte, die unter anderem Sprach- und Integrationskurse geben. Viele dieser Honorarkräfte arbeiten zwar regelmäßig und dauerhaft für die Musik- oder Volkshochschulen, sind aber nicht fest angestellt. Deswegen findet sich die Forderung nach einem Tarifvertrag für diese Menschen in einem Antrag für die Landesdelegiertenkonferenz im Oktober. Sie sollen sogenannte „feste freie MitarbeiterInnen“ werden, mit entsprechenden Regelungen für Mutterschutz, Altersvorsorge und anderes mehr.

Das alles zeigt: Die Politik ist gefordert. Deswegen beschäftigt sich die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen im Oktober ausführlich mit diesem Thema und zeigt grüne Wege zu guter Arbeit in Berlin auf.

MATTHIAS TANG

Von ihren Honoraren können sich Berlins Lehrer an den Musikschulen kaum ernähren.  
Foto: Shutterstock

Im Antrag für die LDK am 10. Oktober heißt es:

„Berlin braucht eine neue Arbeitspolitik, um Menschen aus der Prekarität zu holen. Das Land Berlin, die Berliner Bezirke und die öffentlichen Institutionen haben dabei nicht nur unmittelbaren Einfluss, sondern auch ein ganz besonderes Maß an Verantwortung. Sie sollen wieder eine Vorbildfunktion als Arbeitgeber bekommen, sowohl da, wo direkt im Auftrag Berlins gearbeitet wird, als auch in öffentlich geförderten Projekten, zum Beispiel bei Kunst- und Kulturprojekten.“

**Contra Kopftuch**

# Staat und Schule müssen neutral bleiben

Beamtinnen, Angestellte des Öffentlichen Dienstes dürfen bei der Arbeit Kopftuch tragen? Die aktuelle Diskussion um das Kopftuch zeigt: Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 27. Januar 2015 wird von vielen gründlich missverstanden.

Es ist sicher der Weg des geringsten Widerstands, allen Lehrkräften das Tragen religiöser Bekleidung zu erlauben. Doch in seinem Beschluss (AZ 1 BvR 471/10, 1 BvR 1181/10) hat das Gericht eine solche Generalerlaubnis für Kopftuch, Schador oder Burka in der Schule gar nicht erteilt. Vielmehr verlangte es einen Ausgleich der Neutralitätspflicht des Staates mit der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit der Lehrkräfte. Eine nur „abstrakte“ Gefährdung des Schulfriedens genügt dem Gericht nicht, das Tragen religiöser Symbole zu verbieten. Voraussetzung sei vielmehr jeweils die „konkrete“ Gefährdung des Schulfriedens. Das heißt: Jeder Einzelfall muss gesondert geprüft werden.

Zu begrüßen ist: Der Beschluss beendet die diskriminierende Regelung einiger Landesgesetze, christliche Bekleidung in der Schule zu erlauben, islamische aber zu verbieten. Doch es gibt auch berechtigte Kritik an der Entscheidung. Die Religionsfreiheit muslimischer Lehrerinnen wird nämlich zu Lasten der weltanschaulichen Neutralität des Staates gestärkt. Karlsruhe, so lautet der Vorwurf des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier, habe nicht genügend berücksichtigt, dass "die Lehrkraft sich hier auf die Religionsfreiheit bei der Ausübung einer öffentlichen Amtstätigkeit beruft". In der Tat: Die Bundesländer sollten für BeamtInnen und Angestellte des Öffentlichen Dienstes die Grenzen

der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit enger ziehen dürfen, als sie bei einer Privatperson gelten.

**Bewährte Gesetze nicht vorschnell aufweichen**

Dennoch: Der Beschluss ist geltendes Recht, muss aber richtig gelesen werden. Das leistet der Entwurf eines Antrags der Grünen im Abgeordnetenhaus „Kopftuch-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts umsetzen – Berufsverbot für Muslima in Schulen aufheben“ leider nicht. Muslima haben kein „Berufsverbot“! Der Begriff stammt aus den 70er Jahren, als mit dem „Radikalenerlass“ linken LehrerInnen aufgrund ihrer – mutmaßlichen – Gesinnung das Lehramt verweigert wurde. Eine Gesinnungsprüfung für Menschen mit muslimischem Glauben gibt es nicht.

Der Antrag ignoriert zudem gewichtige Stimmen von Aleviten und liberalen MuslimInnen, die eine Pflicht zur Verhüllung ablehnen. Die Gleichsetzung von Muslima und Kopftuch übernimmt kritiklos das Frauenbild konservativer islamischer Verbände. Schülerinnen, die bewusst kein Kopftuch tragen, werden so zur Diffamierung freigegeben.

Berlin muss sein Neutralitätsgesetz verfassungskonform auslegen. In der Praxis könnte dann eine muslimische Lehrerin an einer Schule, die den Schulfrieden nicht gefährdet sieht, ein Kopftuch tragen. Unter anderen Umständen kann eine Schule das Kopftuch aber auch verbieten. Dazu wird es sicher bald verwaltungsgerichtliche Urteile geben. Diese sollten wir abwarten, statt überstürzt das insgesamt bewährte Berliner Neutralitätsgesetzes aufzuweichen.

JÜRGEN ROTH  
SPRECHER DER LAG  
SÄKULARE GRÜNE BERLIN

**Pro Kopftuch**

# Ein Urteil für die Religionsfreiheit



Fotos: Oscar Rethwill, Wolfgang Lonien  
Montage: Kalle Erlacher / CC BY-SA 2.0

Nachdem das Verfassungsgericht in Karlsruhe vor zehn Jahren sein erstes Kopftuchurteil gefällt hat, haben mehrere Bundesländer entsprechende Gesetze erlassen. Ich war damals eine große Anhängerin des Berliner Neutralitätsgesetzes: Erstens weil es alle Religionsgemeinschaften strikt gleichbehandelt hat mit einem generellen Verbot religiöser Symbole in der Schule – während in anderen Bundesländern für christliche Symbole eine Ausnahme gemacht wurde. Zweitens weil ich es richtig fand, dass die Lehrkräfte den SchülerInnen möglichst neutral begegnen, denn natürlich können gelebte Vorbilder gerade Heranwachsende beeinflussen.

Ich sehe das heute anders – und daran hat das Leben in einer Stadt wie Berlin einen großen Anteil: Beim Einkaufen, in der Schule meiner Kinder, durch meine politische Arbeit begegne ich täglich muslimischen Frauen mit Kopftuch. Ich verstehe nun besser, wie wichtig das Tragen des Kopftuchs für sie als Ausdruck ihrer religiösen Praxis ist. Daran ändern auch die gesellschaftlichen Debatten darüber nichts, ob der Koran überhaupt zum Tragen des Kopftuchs verpflichtet oder ob das eine Fehlinterpretation sei. Denn über die Interpretation religiöser Bekleidungsvorschriften müssen letztlich die einzelnen Gläubigen selbst entscheiden.

Ich erfahre zugleich immer wieder von den Diskriminierungen, denen Kopftuchträgerinnen ausgesetzt sind – bei der Wohnungssuche, auf dem Arbeitsmarkt und im Umgang mit Behörden. Und daran hat natürlich auch ein Gesetz einen indirekten Anteil, das den Fall einer kopftuchtragenden

Lehrerin zum Anlass genommen hat, um religiöse Symbole in der Schule zu verbieten.

Vor allem aber habe ich mittlerweile oft erlebt, dass unter einem Kopftuch eine emanzipierte, eigenwillige Frau stecken kann, die ein selbstbestimmtes Leben führen möchte. Deshalb ist meine frühere Befürchtung, das Kopftuch sei Zeichen der Unterdrückung der Frauen, schlicht verblasst.

**Mit Unterschieden umgehen lernen**

Kurz: Ich habe mich über das zweite Karlsruher Kopftuchurteil gefreut. Es trägt der positiven Religionsfreiheit der Lehrerinnen Rechnung. Wir sind zu Recht stolz auf die Vielfalt in Berlin. Das Zusammenleben in einer pluralen, vielfältigen Gesellschaft braucht mehr als passives Tolerieren. Wir müssen lernen, mit Unterschieden umzugehen. Die Schule ist ein wichtiger Ort, das zu üben.

Allerdings dürfen die Schulen bei der Umsetzung des Urteils nicht alleingelassen werden. Natürlich kommt es immer wieder vor, dass insbesondere muslimische SchülerInnen zu einem bestimmten religiösen Verhalten genötigt werden – allerdings in der Praxis wohl häufiger durch Mitschüler als durch Lehrerinnen. Das dürfen wir nicht dulden. Ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen löst jedoch das Problem nicht. Wir brauchen vielmehr klare Regeln gegen Mobbing und ein eindeutiges Bekenntnis zur Religionsfreiheit in allen ihren Dimensionen – und dazu gehört eben auch das Recht, ohne Religion zu leben und von anderen deshalb nicht behelligt zu werden.

BETTINA JARASCH  
LANDESVORSITZENDE

## Studierendenhauptstadt Berlin

## Langes Warten auf große Versprechen



Momentan warten über 2000 Studierende auf einen Platz wie in diesem Wohnheim in der Mollwitzstraße. 900 mehr als im Vorjahr. Foto: Studentenwerk Berlin – Chris Taube

Große Ankündigungen sind in der Politik keine Seltenheit. Jüngst verkündete der CDU-Fraktionschef, Berlin brauche 100 zusätzliche IT-Professuren an seinen Hochschulen, um für die Anforderungen von Digitalisierung und Industrie 4.0 gerüstet zu sein. Schließlich soll die Hauptstadt „Kompetenzzentrum 4.0“ werden. Sein Finanzierungsvorschlag: dafür könne man die freigewordenen Bafög-Mittel und die Digitale Dividende (erwartete Einnahmen aus dem Verkauf von Mobilfunkfrequenzen) nehmen. Beides ist allerdings vom Senat schon anderweitig verplant. Und ein inhaltliches Konzept für den massiven Ausbau dieses Wissenschaftsbereich wurde auch nicht vorgelegt.

### Wowereits Versprechen: 5000 neue Studiwohnungen

Dieser Politikstil der beeindruckenden Zahlen erinnert an ein anderes groß angekündigtes Vorhaben des Senats im Hochschulbereich: Im April 2013 versprach der damalige Regierende Bürgermeister den Bau von 5000 neuen Wohnplätzen für die stetig wachsende Zahl der

Studierenden Berlins. Das Land würde dafür ausreichend eigene Grundstücke bereitstellen, das Studentenwerk solle sich um den Rest kümmern. Das klang nach einem guten und lange überfälligen Konzept: Schon seit Jahren stagniert die Zahl der studentischen Wohnplätze bei steigender Nachfrage. Alle Beteiligten und vor allem die finanzschwächsten Studierenden, die auf dem regulären Wohnungsmarkt kaum eine Chance haben und für die solche Wohnheimplätze gedacht sind, freuten sich.

### Gebaut wurden bisher: 0

Doch die Lage für die Studierenden auf dem Wohnungsmarkt hat sich seitdem nicht verbessert. Im Gegenteil: Die Studierendenzahl wuchs auf derzeit über 170 000, die Zahl der vorhandenen Wohnheimplätze ist gesunken auf rund 9300, freie Plätze gibt es momentan gar keine, auf der Warteliste stehen über 2000 Personen, die Wartezeit beträgt zwischen ein bis zwei Monaten und mehreren Jahren. Und von den versprochenen Wohnheimplätzen ist noch kein einziger vorhanden.

Dabei gab es seit dieser Ankündigung immer wieder Strategietreffen zwischen den zuständigen Senatsverwaltungen und dem Studentenwerk. Doch statt das Versprechen endlich umzusetzen, brachte der Senat ein Jahr später plötzlich die landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaften ins Spiel. Nun sollten diese die Wohnheime bauen, das Studentenwerk später deren Bewirtschaftung übernehmen. Nach einem Jahr weiterer ergebnisloser Strategietreffen wurde auch dieses Konzept wieder verworfen.

### Die Wohnungswirtschaft soll es richten

Ende Juli 2015 verkündete der Senat dann den Bau von über 5600 Wohnplätzen. Vom Studentenwerk war allerdings nur noch am Rande die Rede, bauen werden nun fast ganz alleine die berlinovo Immobiliengesellschaft und die Wohnungsbau-Gesellschaften – mit anvisierten Miethöhen, die deutlich über den beim Bafög vorgesehenen 224 Euro Höchstsatz für Wohnen liegen. Wie das die Wohnungsnot für diejenigen beheben soll, die am dringendsten auf diese Plätze angewiesen sind, bleibt offen.

Auch warum das Studentenwerk, das im Bereich studentisches Wohnen mit seinen ganz speziellen Anforderungen mit Abstand am meisten Erfahrung und Expertise sowie eine eigene gut funktionierende Bauabteilung hat, hier gezielt außen vor gehalten wird, konnte der Senat bis heute nicht schlüssig darlegen. Und wo die Tausende weiteren Studierenden der 100 neuen IT-ProfessorInnen wohnen sollen, wurde noch nicht einmal thematisiert.

ANNETTE HEPPPEL

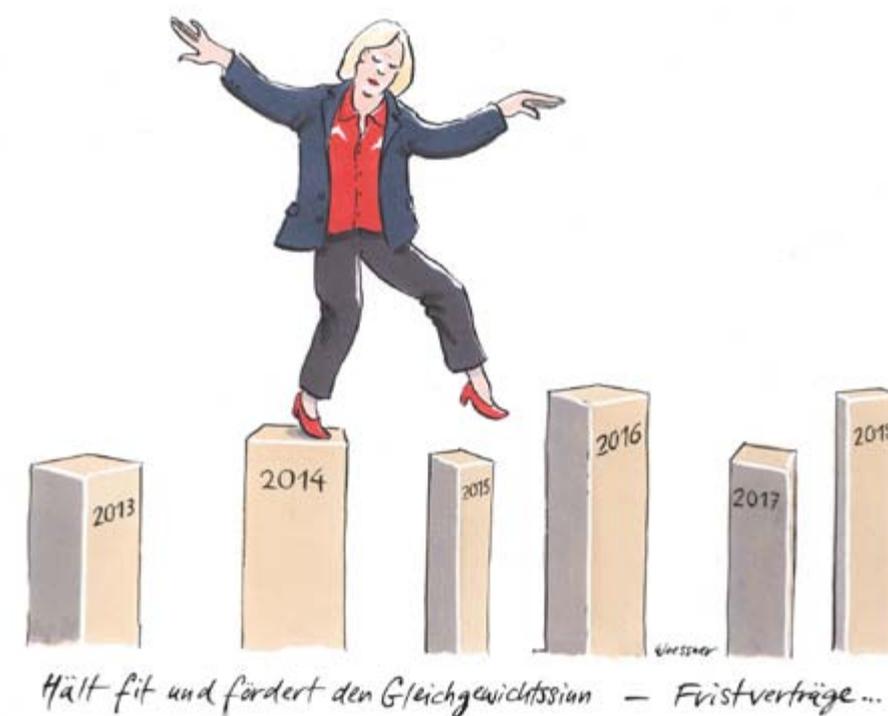
## Wissenschaftszeitvertragsgesetz in der Kritik

## Gute Wissenschaft braucht gute Verträge

Es schien ein gutes Vorhaben, die Intention war es allemal: Mit dem „Gesetz über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft (Wissenschaftszeitvertragsgesetz – WissZeitVG)“ wollte Rot-Grün 2007 die Möglichkeiten zur befristeten Beschäftigung des wissenschaftlichen Nachwuchses an Hochschulen beschränken und klare Regeln und bessere Perspektiven für wissenschaftliche Karrierewege schaffen.

Doch eine Evaluation im Jahr 2011 ergab: Das Gegenteil war eingetreten, denn immer mehr Hochschulen nutzten die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung bei Drittmittelprojekten sehr intensiv. In der Folge stieg die Zahl der Kurz- und Kettenverträge massiv an, immer mehr WissenschaftlerInnen wurden in unsichere Arbeitsverhältnisse ohne berufliche Perspektive gedrängt. Ihre Zahl wird bundesweit auf 200 000 geschätzt, über die Hälfte dieser Verträge hat dabei eine Laufzeit von unter einem Jahr. Aus Sicht der Hochschulen liegt die Hauptursache dafür jedoch in der sinkenden staatlichen Grundfinanzierung und der dadurch notwendigerweise steigenden Drittmittelfinanzierung. Der somit fehlende langfristige Planungshorizont zwingt sie geradezu, verstärkt befristete und kurze Verträge abzuschließen.

Auch die Gewerkschaften fordern seit Jahren, die Zahl der Kurz- und Kettenverträge durch entsprechende Nachbesserungen am Gesetz wieder zu reduzieren. Diese dauerhaften kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisse bedrohen „die Kontinuität und Qualität der Wissenschaft in Deutschland“, warnte bereits 2011 der GEW-Hochschulexperte Andreas Keller bei einer Anhörung im Bundestag. Doch geändert



Zeichnung: Freimut Woessner

hatte sich lange Zeit nichts, bis durch mehrere Gerichtsurteile auf Länderebene die generelle Frage nach der Definition von Drittmitteln und der Zulässigkeit von Dauerbefristungen gestellt und damit die Debatte auch auf Bundesebene neu angestoßen wurde.

### Minimalkompromiss statt grundlegende Novelle

In der Folge brachte die Bundesregierung vor kurzem eine Novelle des WissZeitVG in den Bundestag ein. Die darin vorgesehenen Neuerungen wurden zwar auch von der Opposition als Schritt in die richtige Richtung begrüßt, um prekäre Beschäftigung an den Hochschulen wieder zurückzudrängen. So sollen Vertragslaufzeiten künftig davon abhängen, wie lange eine Promotion oder ein Forschungsprojekt dauert und die Hochschulen sollen Daueraufgaben nicht mehr über Kettenverträge von dauerhaft befristetem Personal durchführen lassen können.

Doch viel mehr als ein Minimalkompromiss ist dabei in den Augen von Kai Gehring, Sprecher der grünen Bundestagsfraktion für Hochschule, Wissenschaft und Forschung, nicht herausgekommen: Die Vorlage „genügt dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Koalition, bringt aber keinen strukturellen Fortschritt für verlässliche Wissenschaftskarrieren an den Hochschulen. Der Novelle fehlen klare Mindestvertragslaufzeiten und die Aufhebung der Tarifsperrung. Auch wird sie es vielen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht leichter machen, Wissenschaft mit Familie zu vereinbaren.“

Eine Entscheidung für eine wissenschaftliche Berufslaufbahn erfordert demnach weiterhin vor allem eines: Leidenschaft für die Wissenschaft.

ANNETTE HEPPPEL

## Umweltfreundliches Bauen

# Ein Earthship für Berlin

Bauen schadet normalerweise erst einmal der Umwelt, selbst, wenn man das eigentlich gar nicht wollte. Ist der Bau dann fertig, belasten oft genug schädliche Baustoffe und Farben die Natur und die Gesundheit auch noch auf Dauer. Dagegen bietet der amerikanische Architekt Michael Reynolds mit seinen Earthships eine umweltfreundliche wie kunstvolle Alternative an. Ein solches Earthship ist nun für Nauen bei Berlin geplant. Das ist eine innovative und spannende Idee, findet Silke Gebel, umweltpolitische Sprecherin der bündnisgrünen Abgeordnetenhausfraktion.

Das erste deutsche Earthship-Haus entsteht allerdings nicht im Berliner Raum, sondern in Baden-Württemberg. In der dortigen Kommune Schloss Tempelhof begannen die Bauarbeiten im vergangenen Monat, in Nauen zieht die Architektin und einstige Reynolds-Studentin Sara Serodio von der Organisation „Earthship Biotecture Deutschland“ mit einem Ein-Familien-Haus nach.

Was Michael Reynolds entwickelte, ist dabei mehr als nur eine neue Bauweise, stellt vielmehr ein alternatives Lebenskonzept dar. Die Grundidee: Die entstehenden Gebäude sind energie-, wasser- und wärmeautark, werden vollständig aus recycelten Materialien errichtet. Deshalb werden die Earthships auch Upcyclinggebäude oder Müllhäuser genannt.

### Wände aus Autoreifen und Glasflaschen

Das wichtigste Material der Earthships sind die mit Erde gefüllten Autoreifen. Die werden wie Ziegelsteine aufeinandergestapelt. Dann werden die Autoreifenwände von Außen mit Isolationsmatten umschlossen und von Innen mit Lehm verputzt. Mögliche Lücken in der Wand füllt man mit Glasflaschen und Dosen.

Die den Bau umgebende Erde wird als Wärmespeicher genutzt. Deshalb baut man Earthships zum Teil in die Erde hinein oder an einem Hügel. Durch Vergla-

### Öko-Architektur an der Uni

An der Technischen Universität Berlin wird im kommenden Wintersemester im Rahmen der Projektwerkstatt „Sozio-diversität“ ein Seminar zum Thema Earthships angeboten, das auch für GasthörerInnen und Earthship-Interessierte geöffnet ist. Die erste Veranstaltung findet am Montag, den 19.10.15 um 16 Uhr c.t. im Raum BH 812 der TU Berlin statt. Die Anmeldung erfolgt unter [gruenlink.de/10o3](http://gruenlink.de/10o3).

Earthship-Aktivist Oran stapelt alte Flaschen zu einer Wand.  
Foto: Earthship Biotecture

sung der Südseite des Hauses kann mit der Sonne geheizt werden. Die Durchschnittstemperatur in einem Earthship beträgt zu jeder Jahreszeit etwa 23 Grad.

Solarpaneele an der Fensterfront versorgen das Haus mit Strom, ermöglichen im Inneren sogar den Betrieb eines Gewächshauses für den Anbau von Obst und Gemüse. Auch die Wasserversorgung ist autark: Regenwasser wird gesammelt und gefiltert und zum täglichen Gebrauch wie Duschen oder Wäschewaschen verwendet. Das Abwasser wird von den Exkrementen getrennt und in den Pflanzenbecken ökologisch gesäubert. Danach gelangt es wieder in den Wasserkreislauf.

So versorgen sich die Earthships selbst, es entstehen praktisch so gut wie keine laufenden Kosten. Ein Earthship finanziert sich faktisch von selbst. Nur die Kosten für den Bau, die vergleichbar mit einem konventionellen Einfamilienhaus sind, und die Wartungskosten fallen für die EigentümerInnen an.

Allerdings: In Deutschland gibt es noch keine Baufirmen, die solche Earthship-Projekte in die Tat umsetzen. Daher sind, wie in den USA, freiwillige HelferInnen gefragt, die Materialien nach der Anleitung der ArchitektInnen zu einem Haus zusammensetzen. Das hat aber auch seinen Effekt: So transportieren die Earthships nicht nur die Idee eines nachhaltigen Wohnens, sondern auch einen Gemeinschaftssinn.

### Es muss nicht hippie sein

Optisch erinnern die Earthships an die Häuser des Architekten Antoni Gaudí und sehen weniger wie das klassische Einfamilienhaus aus. Doch so muss es nicht sein: „Earthship



Foto: Kurt Schmidt

Biotecture Deutschland“-Mitarbeiterin Lale Rohrbeck sagt: „Es gibt viele Earthships, die aussehen, als stammen sie vom Wüstenplaneten Tatooine aus dem Film Star Wars, doch dieses Phänomen hängt eher mit der Szene als mit der Bauart zusammen. Nicht jedes Earthship muss so verrückt aussehen, man kann sie nach eigenem Geschmack selbst gestalten. Die Richtlinie ist jedoch: 'Form follows function': Form folgt Funktion.“

Das in Berlin beheimatete Projekt „Earthship Biotecture Deutschland“ will nun mit Hilfe von Workshops und Lehrgängen die Earthships als alternatives Konzept in Deutschland verbreiten, die Menschen zum nachhaltigen Leben im Einklang mit der Natur inspirieren. So werden auch Aktionen wie der Fusion eigene Earthships gestartet. Earthship Biotecture Deutschland ist damit ein Forum für alle, die das um-

weltfreundliche Bauen weiterentwickeln und an den urbanen Raum anpassen wollen. So gelang es im Rahmen des Remake-Festivals schon 2013, einen Prototypen in Berlin zu bauen.

### Schnell und billig ist nicht nachhaltig

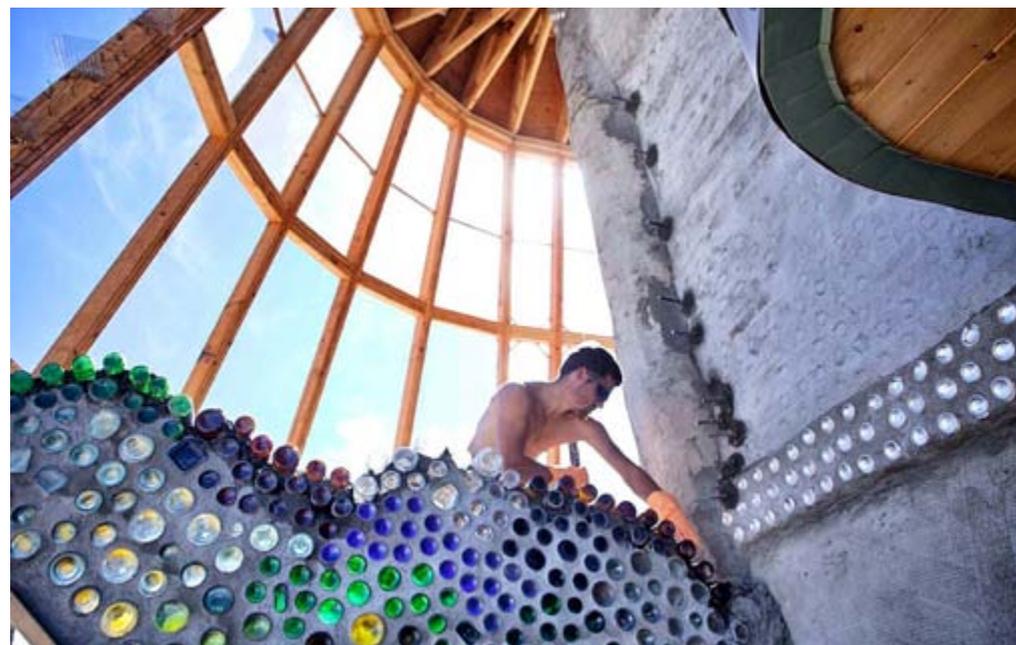
Die Grünen-Abgeordnete und Sprecherin für Umweltpolitik Silke Gebel hält die Earthships für eine innovative und spannende Idee, nachhaltig zu bauen: „Wir müssen endlich in der Architektur die ökologische Seite nach vorne stellen. Schnell und billig ist nicht nachhaltig und auf lange Sicht hin auch nicht unbedingt günstiger. Beim heutigen Bauen wird viel Sand verwendet, der weltweit knapp wird und Zement verbaut, der unter enormen energetischen und umweltbelastenden Aufwand hergestellt wird. Hier auf Recyclingbaumaterialien

zu setzen, zahlt sich ökologisch und ökonomisch aus.“

Neben diesem wesentlichen Umweltaspekt zeigen Earthships auf eine harmonische Art, wie Mensch und Natur im Einklang leben können. So kommentiert Gebel: „Die Häuser mit dem Wasserkreislauf zusammenzubringen und als Energieproduzenten aufzubauen, heißt, dass der Mensch von der Natur gelernt hat, wie man sich unabhängig versorgen kann. Ein Haus, das wie eine Pflanze ist und so auch der Stadtlandschaft etwas zurückgibt.“

Die Natur darf nicht nur als Boden, als stabile Grundlage unserer Häuser angesehen werden. Aus grüner Sicht stehen die Earthships und Plattformen wie Earthship Biotecture Deutschland für den nachhaltigen Fortschritt.

ANNEMARIE KLIMKE



## Risiko-Investitionen in fossile Energie

# Berlin verschläft den Klimaschutz

Was haben EZB-Präsident Mario Draghi, die anglikanische Kirche und Harvard-StudentInnen gemeinsam? Sie warnen vor der "Carbon Bubble". Wie entsteht diese Finanzblase? Energiekonzerne haben Milliardenbeträge in Öl- und Gasvorkommen investiert, die jedoch niemals gefördert werden dürfen, wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen.

Die Rechnung ist simpel: Global gesehen besitzen die fossilen Energieunternehmen so viele Kohle-, Öl- und Gasreserven, dass deren Verbrennung 2795 Gigatonnen CO<sub>2</sub> freisetzen würde. Nun hat die Klimawissenschaft jedoch auch ausgerechnet, dass wir noch maximal 500 Gigatonnen in unsere Atmosphäre blasen „dürfen“, wenn wir noch unter zwei Grad globaler Erwärmung bleiben wollen. Die „Kronjuwelen“ von Exxon, RWE oder Gazprom dürften also niemals gefördert werden.

### Die nächste Etappe: Divestment

Diese Zahlen zeigen, dass wir vor einer Entscheidung stehen. Da die fossilen Energieunternehmen auf einem Berg nicht verbrennbarer Reserven sitzen, heißt die Entscheidung ab jetzt: Ihre Profite oder die Rettung des Klimas. Beides zusammen geht nicht mehr. Deshalb rufen auch wir Grüne aus „Divestment“ auf – raus aus den fossilen Geldanlagen!

Für Divestment spricht sogar noch mehr als ein moralisches Argument. Immer mehr AkteurInnen erkennen das: Der Großteil fossiler Reserven sind „stranded assets“, also für die InvestorInnen wertlose Finanzanlagen, und sogar ein finanzieller Risikofaktor für alle, die diese Aktien besitzen. Das sind neben privaten Fonds oder Versicherun-

# FOSSIL FREE

gen auch zahlreiche öffentliche Institutionen wie Rentenkassen. Das Norwegische Parlament hat daher einstimmig entschieden, die Finanzmittel des mit über 800 Milliarden Euro bezifferten staatlichen Investitionsfonds aus Kohleunternehmen zurückzuziehen; in Kalifornien hat der Senat beschlossen, die Kohlebeteiligungen der zwei größten Rentenkassen (rund 500 Milliarden Dollar) zu veräußern. Kommunen, der Weltkirchenrat oder die British Medical Association machen mit. Und bekannte Persönlichkeiten – vom Klima-Professor Schellnhuber über die Vordenkerin Naomi Klein bis zum Nobelpreisträger Bischoff Desmond Tutu – unterstützen diese Bewegung.

### Armutszeugnis der Hauptstadt

Und im Energiewende-Land? In Deutschland geht beim Divestment die Stadt Münster voran. Auch dank des Grünen Einflusses. Doch die großen AkteurInnen verhalten sich bisher

ruhig – so auch die Hauptstadt. Ein Armutszeugnis so kurz vor der Klimakonferenz in Paris!

Dabei wäre ein Divestment der Stadt sogar möglich. Immerhin sind nur rund zehn Prozent der Vermögensrücklagen des Landes – laut Senatsverwaltung für Finanzen rund 64,2 Millionen Euro – in Aktien angelegt. Aus Berechnungen der Beratungsgesellschaft CDP geht hervor, dass davon rund acht Millionen Euro in Kohle-, Öl- und Gasunternehmen angelegt sind. Dies müsste Finanzsenator Kollatz-Ahnen in nachhaltigere und weniger riskante Anlagen umsichtigen. Doch anstatt die Anlagerichtlinien im Sinne des Divestments zu ändern – wie es zuletzt Frankfurt am Main getan hat, von den Grünen durchgesetzt – verschläft er diese Chance. Dabei ist es an der Zeit, dass Berlin aufwacht!

REINHARD BÜTIKOFER, MDEP  
VORSITZENDER DER  
EUROPÄISCHEN GRÜNEN PARTEI  
GEORG KÖSSLER  
SPRECHER DER BAG ENERGIE

Divestment ist das Gegenteil einer Investition. Es bedeutet, dass man sich von Aktien, Anleihen oder Investmentfonds trennt, die unökologisch oder unter ethischen Gesichtspunkten fragwürdig sind. Investitionen in fossile Brennstoffe stellen ein Risiko für den Planeten dar, aber auch für die InvestorInnen.

Beispiel für eine erfolgreiche Divestmentkampagne: Während der Apartheid in Südafrika zogen US-Institutionen ihr Geld aus Unternehmen ab, die in Südafrika wirtschafteten. Die südafrikanische Divestmentkampagne trug wesentlich dazu bei, dem Apartheidsregime das Rückgrat zu brechen.

## 25 Jahre deutsche Einheit

# Die politische Sprengkraft der Ökologie



Ist das Pflanzen von Bäumen subversiv? „Ja“ sagte die Staatsicherheit der DDR, beendete die Baumpflanz-Aktion, die 50 Rostocker Jugendliche 1979 initiiert hatten. „Pflanzzeit“ lautet der Titel der Ausstellung, die der einstige DDR-Umweltaktivist Michael Beileites zusammengestellt hat und die nun zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit auf Anregung der bündnisgrünen Fraktion im Abgeordnetenhaus zu sehen war.

Die Staatssicherheit lag mit ihrer Einschätzung von der gesellschaftlichen Sprengkraft der Baumpflanzungen nicht einmal falsch. Nachdem sich die meist im kirchlichen Umkreis bewegendenden UmweltschützerInnen in eigenen Seminaren mit ökologischen Grundsatzfragen beschäftigt hatten, ging es darum, in der Gesellschaft ein Umweltbewusstsein zu schaffen. In einem System, in dem staatseigene Betriebe und Militär ohne Rücksicht auf Natur und Gesundheit schalteten und walteten, konnten die Herrschenden das nicht zulassen.

Die Ausstellung belegt, welchen Preis die UmweltschützerInnen dafür zu zahlen hatten. „Organisierung beruflicher Misserfolge“ lautete eines der Standardziele der Stasi-Operationen. Für die ins Visier genommenen AktivistInnen hieß das: am Arbeitsplatz gab es die heikelsten Aufträge, der Zugang zum Studium wurde verbaut, Beförderungen, Aufstieg konnte man vergessen. Diese Repressalien ließen die DDR-Umweltbewegung aber nicht verstummen sondern stärker werden. Dabei durchlief sie, so Beileites, vier Phasen.

### Im Widerspruch zur offiziellen Linie

In der ersten Phase bis etwa 1983 lautete die Devise: Zeichen setzen im öffentlichen Raum. Das waren Zeichen, die im Widerspruch zur offiziellen Ideologie standen. Schließlich zweifelten die UmweltschützerInnen an, dass das auch in der DDR propagierte „grenzenlose Wachstum“ realisierbar sei, widersprachen sie der offiziellen

DDR-Linie, dass man den Westen wirtschaftlich „überholen“ müsse, ohne ihn „einzuholen“.

In der zweiten Phase zwischen 1984 und 1986 ging die Umweltbewegung zu Aktionen an den Brennpunkten der Umweltzerstörung über, entnahm man etwa Wasserproben an verseuchten Flüssen, organisierte z.B. einen „Umweltspaziergang“ zu den Chemie-Dreckschleudern von Bitterfeld-Wolfen. Über die Grenze geschmuggelte Filme, im West-Fernsehen ausgestrahlt, sorgten dafür, dass die DDR-BürgerInnen davon auch erfuhren. Solche Fernsehsendungen brachten die Stasi sicherlich noch mehr in Rage, doch Carlo Jordan, einer dieser DDR-Umweltschützer und 1989 Mitbegründer der Grünen Partei der DDR erinnerte sich auf der Veranstaltung zur Ausstellungseröffnung im Abgeordnetenhaus: „Die Öffentlichkeit war mit unser bester Schutz.“

Mit „Umweltspaziergängen“ wie hier in Bitterfeld-Wolfen zogen die AktivistInnen der Ökologie-Bewegung der DDR direkt zu größten Umweltsündern des Landes.  
Foto: Michael Beileites

In der dritten Phase bis 1989 schließlich setzte eine zunehmende Politisierung der Umweltbewegung ein, vernetzten sich UmweltschützerInnen, Angehörige der Friedensbewegung, BürgerrechtlerInnen, und 1989/90, in ihrer vierten Phase, trat die Umweltbewegung aus dem kirchlichen Raum heraus, wurde zum Teil der Bewegung, die erst zur Wende in der DDR und dann zur deutschen Einheit führte.

Was die DDR-Umweltbewegung in das vereinte Deutschland mitbrachte? Noch einmal Michael Beileites: Das Wissen, dass auch im Westen gravierende Umweltprobleme anzupacken sind, in einer freien Gesellschaft Probleme aber leicht lösbar sind als in einem System wie der DDR.

### Stationen der DDR-Umweltbewegung

1979/80: Baumpflanz-Aktionen in Rostock und anderswo. 1981: Aktionen für „Autofreie Wochenenden“. 1986: Gründung der Umwelt-Bibliothek in Ost-Berlin. 1989: „Umweltschutz statt Militärparaden“ wird eine der Losungen der Herbstdemonstrationen. 24.11.1989: Konstituierungsversammlung der Grünen Partei in der DDR.

## Die Pädophilie-Debatte in den „Stachligen Argumenten“

In der vorigen Ausgabe der „Stachligen Grünen Argumente“ haben die beiden Landesvorsitzenden Bettina Jarasch und Daniel Wesener zusammen mit Ulli Reichardt den Bericht der „Kommission zur Aufarbeitung der Haltung des Landesverbandes zu Pädophilie und sexualisierter Gewalt von der Gründungsphase bis in die 1990er Jahre“ vorgestellt. Dieser Bericht bringt Licht in ein düsteres Kapitel der Parteiengeschichte. (Im Netz: [gruene-berlin.de/kommission-aufarbeitung](http://gruene-berlin.de/kommission-aufarbeitung)) Diese Aufarbeitung ist jedoch ein „Prozess, der für uns Grüne noch lange nicht abgeschlossen ist“, schreiben Jarasch, Wesener und Reichardt.

Wir – die aktuelle Redaktion der „Stachligen Grünen Argumente“ – sehen das genauso und haben uns mit der Rolle befasst, die unsere Zeitschrift damals bei diesem Thema gespielt hat.

In sieben Ausgaben zwischen 1986 und 1994 finden sich Artikel zur Debatte um die Pädophilie. Das Wort „Debatte“ ist hier mit Bedacht gewählt: Die Redaktion wollte offenbar Debatten, die im Landesverband geführt wurden, aufgreifen und die jeweiligen Seiten – die befürwortende Position einer Freigabe der Pädophilie wie deren kritische Stimmen gleichermaßen und gleichberechtigt – zu Wort kommen lassen.

So veröffentlichten die „Stachligen Argumente“ z.B. ein Papier, in dem für den da-

maligen „Delegiertenrat“ Überlegungen für eine „Lebensweisen-Politik“ angestellt wurden. Autor dieses Papiers war ein AL-Kandidat für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, als Kandidat vorgeschlagen von den Berliner Schwulengruppen, von der Mitgliederversammlung der AL bestätigt. Dieser Abgeordnetenhaus-Kandidat empfahl, sich nach den Wahlen auf die Forderung nach einem Lesben- und Schwulenreferat im Senat zu konzentrieren. Das sei noch am ehesten durchsetzbar. „Einvernehmliche Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen“ erklärte der Vertreter der Schwulengruppe in seinem Papier zwar für „möglich“, doch in der Abgeordnetenhausarbeit solle man von einer Forderung nach deren Freigabe als einem der „heißesten Themen“ erst einmal Abstand nehmen..

Der AL-Lesbenbereich schrieb ihm daraufhin einen offenen Brief, in dem auf die „tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten“ in diesem Punkt hingewiesen wurde. Beide Texte fanden sich später in den Ausgaben Nummer 57 und 58 in den Stachligen Argumenten wieder. Ein paar Ausgaben später erschien ein Beitrag, der auf diese Kontroverse reagierte und vorgab, „ein Beitrag zur Klärung einer allzu verworrenen Diskussion“ zu sein.

1994 tauchte das Thema zum letzten Mal in den „Stachligen Argumenten“ auf. Die Kreuzberger Frauengruppe schrieb in der Nummer 89 über „Pädos bei den Grünen“,

kritisierte, dass sich einige Mitglieder des Schwulenbereichs mit den Forderungen der Pädosexuellen solidarisiert hatten. In der nächsten Ausgabe finden sich dann eine ganze Reihe von Reaktionen darauf, sowohl von den angegriffenen Mitgliedern des Schwulenbereichs, aber auch von anderen Parteimitgliedern, die sich dezidiert gegen jede Form des sexuellen Missbrauchs von Kindern stellten.

Gespräche mit den damaligen RedakteurInnen der „Stachligen Argumente“ machen klar: Den RedakteurInnen von damals erschien der Streit um die Pädophilie so wie auch dem überwiegenden Teil des Landesverbandes als eine abstrakte, ideologische Debatte über Sexualpolitik. Dass dahinter reale Opfer standen, Opfer, die bis heute unter dem Missbrauch in ihrer Kindheit leiden, war ihnen zu der Zeit überhaupt nicht klar.

„Die AL war Sammelbecken diverser Strömungen und Initiativen und wollte den „offenen, herrschaftsfreien“ Diskurs pflegen“, resümiert der Abschlussbericht der Kommission. „Das Thema galt offenbar als eines, das die Schwulen unter sich ausmachen sollten, die Opferperspektive wurde ausgeblendet“. Die Redaktion der „Stachligen Argumente“ hat mit dieser Haltung Beiträge zugelassen, die leugneten, dass es sich bei pädophilen Handlungen immer um sexuellen Missbrauch von Kindern, also um kriminelle Taten handelt.

DIE REDAKTION

### Wahl zum Abgeordnetenhaus 2016

## Wo geht's zum grünen Wahlprogramm?

Bündnis 90/Die Grünen sind eine Programmpartei. Gut ein Jahr vor der Berliner Abgeordnetenhauswahl dürften sich daher viele von Euch die Frage stellen: Wie kommt die Landespartei zu ihrem Wahlprogramm? Welches Format, welchen Umfang wird dieses Programm wohl haben und welche Themen werden ganz vorne stehen? Wer entscheidet über die konkreten Inhalte, sei es bei den fachpolitischen Details oder hinsichtlich der „großen Linie“? Und – last but not least – wie kann ich als Parteimitglied daran mitwirken?

Grüne Wahlprogramme haben mehrere Funktionen: Ihre Entstehung ist Teil der programmatischen Erneuerung und politischen Selbstverständigung unserer Partei. Sie dienen als politische Blaupause für die Arbeit von Partei und Fraktion in den nächsten Jahren und sind die entscheidende Messlatte für Koalitionsgespräche oder eine grünen Regierungsbeteiligung. Aber an allererster Stelle richtet sich ein Wahlprogramm natürlich an die Wählerinnen und Wähler. Wenn wir die überzeugen wollen, braucht es mindestens dreierlei: eine schlüssige grüne Idee von Berlin und der Zukunft dieser Stadt; ein inhaltliches Angebot als Alternative zum großkoalitionären Status quo; und konkrete Projekte die zeigen, was Grüne eigentlich anders und besser machen wollen.

### Die Basis hat das Wort

Unsere Wahlprogramme sind immer das Ergebnis eines Prozesses. Es geht um den Wettbewerb der besten Ideen, um möglichst viel Beteiligung nach innen und Offenheit nach außen. Dem Landesvorstand ist es wichtig, dass die grüne



Der Weg zum Wahlprogramm auf einen Blick:

1. Vorschläge von der Basis für konkrete Projekte werden gesammelt und zusammengestellt
2. Diskussion dieser Vorschläge auf dem zentralen Programmforum für alle Mitglieder am 07. November ab 11 Uhr auf den Tegeler Seeterrassen.
3. Aus allen Ideen entsteht der Entwurf für das Wahlprogramm, der online mit allen Mitgliedern und interessierten BerlinerInnen diskutiert wird. Debatte und Verabschiedung des Wahlprogramms am 16. April 2016 auf einer Landesdelegiertenkonferenz

Entwicklung unseres Wahlprogramms. Mit der Unterstützung einer Redaktionsgruppe haben wir die Projekte gesichtet, zusammen mit den vielen weiteren grünen Beschlüssen und Positionspapieren der jüngeren Vergangenheit. Und wir haben über die Sommerpause Vorschläge entwickelt, mit welchem Programmformat wir unsere Inhalte zusammenbinden und sie mit einer „grünen Erzählung“ unterlegen können.

➤ Im zweiten Schritt wollen wir der Partei noch im Herbst diese Ideensammlung vorstellen. Dabei handelt es sich noch nicht um den regulären Wahlprogrammmentwurf, sondern eine Möglichkeit für die Partei, über die ersten Ergebnisse und die weitere Arbeit am Wahlprogramm zu diskutieren. Der zentrale Ort für diesen Austausch wird unser Programmforum am 7. November 2015 in Reinickendorf sein. Bitte merkt Euch den Termin vor – denn Ihr seid herzlich eingeladen, um das grüne Programm mit Euren Ideen zu bereichern.

➤ Der dritte Schritt steht rund um den Jahreswechsel an. Mit Eurem Feedback im Rücken wollen wir den eigentlichen Wahlprogrammmentwurf entwickeln. Dabei möchten wir ganz gezielt die Expertise der Stadtgesellschaft einbeziehen und auch Möglichkeiten der Online-Kommunikation nutzen. Spätestens Anfang März 2016 liegt dann der endgültige Entwurf für das grüne Wahlprogramm vor und am 16. April 2016 ist es soweit: Mit unserem Programmparteitag starten wir in den Abgeordnetenhaus-Wahlkampf.

BETTINA JARASCH und DANIEL WESENER  
LANDESVORSITZENDE

## Wie weiter beim Mietenvolksentscheid?

# Neue Weichenstellungen in der Mietenpolitik

*Die Entwicklung der Mieten in Berlin scheint seit Jahren nur eine Richtung zu kennen – stetig nach oben. Immer mehr BerlinerInnen sind gezwungen, ihren angestammten Kiez zu verlassen, weil sie sich das Wohnen dort schlicht nicht mehr leisten konnten. In den Augen vieler hat der Senat zu spät und zu wenig auf dieses Problem reagiert. Anfang des Jahres gründete daraufhin ein breites Bündnis aus MieterInneninitiativen den Mietenvolksentscheid e.V. und brachten einen Volksentscheid zur Mietbegrenzung auf den Weg.*

Die Unterschriftensammlung für die erste Stufe, die sog. Volksinitiative, startete im April und stieß von Anfang an in allen Bezirken auf große Zustimmung. Am 01. Juni 2015 konnte das Bündnis schließlich 48 541 Unterschriften für die erste Stufe ihres Mietenvolksbegehrens abgeben, von denen 40 214 als gültig anerkannt wurden. Erforderlich gewesen wären 20 000, die erste Hürde auf dem Weg zu einem Volksentscheid wurde damit locker genommen.

## Bezahlbare Miete oder öffentliche Infrastruktur?

Zu Beginn der Unterschriftensammlung hatte der rot-schwarze Senat noch versucht, die Volksinitiative medial zu torpedieren. Es bestünden unkalkulierbare Risiken für den Landeshaushalt und wenn sich die Initiative durchsetze, müssten die BerlinerInnen zur Finanzierung der Folgekosten wahlweise ein halbes Jahr die Bezirke abschaffen oder die Kitas schießen, ein ganzes Jahr auf den öffentlichen Nahverkehr verzichten oder sieben Jahre die Straßenreinigung einstellen. Außerdem wurde laut über die Verschärfung der Vorschriften – sprich Erhöhung

der Hürden – für Volksentscheide nachgedacht. Nicht nur die InitiatorInnen sahen das als gezieltes Manöver, durch dieses Horrorszenario vom Erliegen der öffentlichen Infrastruktur und einer Einschränkung ihrer politischen Mitbestimmungsrechte die BerlinerInnen von einer Unterschrift abzuhalten.

Die Strategie ging jedoch nicht auf und der große Erfolg der Initiative bereits in der ersten Stufe sorgte schließlich auch in den Regierungsparteien für Bewegung. Das Berliner Abstimmungsgesetz sieht die Beratung einer zulässigen Volksinitiative innerhalb von vier Monaten durch das Abgeordnetenhaus vor, bevor die zweite Stufe, das sog. Volksbegehren, eingeleitet werden kann. In diesem Zeitraum sind noch Änderungen am vorgeschlagenen Gesetzestext möglich. Nachdem die InitiatorInnen angekündigt hatten, auf – auch grüne – Kritik an den Regelungen ihres Gesetzesentwurfs zum alten sozialen Wohnungsbau einzugehen und ihn an dieser Stelle nachzubessern, wurden die Forderungen an SPD und CDU nach einer substantiellen Änderung ihrer Mieten- und Wohnungspolitik immer lauter. Schließlich lenkte der Senat ein und bot der Initiative Gespräche an, in denen Gemeinsamkeiten und ein möglicher Kompromiss ausgelotet werden sollten.

## Auf dem Weg zur Einigung?

Nach einer Reihe von Gesprächen verkündete die SPD im August, es gebe einen Kompromiss, auf dessen Grundlage die Koalition bald einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen werde und der Volksentscheid sei somit unnötig geworden. Diese Gesetzesvorlage ist mittlerweile auch im parlamentarischen Verfahren

und wurde auf Antrag der Opposition im Rahmen der Aktuellen Stunde am 24. September im Plenum des Abgeordnetenhauses in erster Lesung debattiert.

Während sich die Koalitionsfraktionen dabei ausführlich öffentlich für die eigene Kompromissfähigkeit und den in ihren Augen erreichten Kompromiss mit der Mietenvolksentscheid-Initiative lobten, hoben die Oppositionsfraktionen deutlich hervor, wem diese Bewegung in der rot-schwarzen Mietenpolitik in erster Linie zu verdanken ist: „Die Initiative ‚Berliner Mietenvolksentscheid‘ hat den Senat zu weitreichenden Zugeständnissen gezwungen! Wir gratulieren ihnen dazu nicht nur, sondern sagen auch: Danke!“ rief die Grüne Fraktionsvorsitzende Antje Kapek. Die Mieteninitiativen hatten ausreichend öffentlichen Druck aufgebaut, bis der Senat sich der lautstarken Forderung nach einem politischen Eingriff in den Mietenmarkt nicht mehr verweigern konnte. Auch wurde mehrfach hervorgehoben, dass über diesen Gesetzentwurf hinaus noch einiges nötig sei auf dem Weg zu einer wirklichen Neuausrichtung der Berliner Wohnungspolitik. So forderte die Grüne Fraktion ein Wohnraumgesetz, das eine soziale Richtsatzmiete für alle SozialmieterInnen garantiert, auch die EigentümerInnen mehr in die Verantwortung nimmt und das Problem der überhöhten Baukosten im sozialen Wohnungsbau löst, damit Sozialwohnungen wieder bezahlbar werden.

## Noch ist alles offen

Von Grüner Seite wurden das Volksbegehren und seine zentralen wohnungspolitischen Ziele von Anfang an begrüßt und ein großer Teil der Einzelvorschläge deckt sich mit dem, was auch wir



Die Zeit des Unterschriftensammelns ist vorerst vorbei: Der Senat verhandelt mit den InitiatorInnen.  
Foto: Mietenvolksentscheid Berlin/CC BY-NC-ND 2.0

Im Anschluss an die erste Debatte im Abgeordnetenhaus wurde die Gesetzesvorlage (Drucksache 17/2464) zur Fachberatung in den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr sowie

in den Hauptausschuss überwiesen. Ein endgültiger Beschluss im Plenum ist noch vor Ende des Jahres geplant, in Kraft treten könnte das Gesetz dann bereits zum 01. Januar 2016.

seit Jahren fordern: Schaffung und Erhalt von mehr bezahlbarem Wohnraum in öffentlicher Hand, Senkung der Sozialmieten, finanzielle Stärkung der Wohnungsbaugesellschaften und ihre Verpflichtung auf gemeinnützige Zwecke sowie mehr MieterInnenmitbestimmung. Ein Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz im März hatte dies nochmal bestätigt. Der nun vorliegende Gesetzentwurf der Koalition geht aus grüner Sicht in die richtige Richtung, auch wenn er noch nicht den eigentlich erforderlichen konsequenten Kurswechsel in der Wohnungspolitik darstellt.

Bei der Initiative selbst hält man sich noch zurück mit einer abschließenden Bewertung der Gesetzesvorlage von Rot-Schwarz und spricht ihrerseits nicht von einem gemeinsamen Kompromiss – es wird zwar positiv begrüßt, dass der Senat damit viele Forderungen aufgegriffen habe, aber die interne Meinungsbildung dazu ist noch nicht abgeschlossen. Ab Anfang Oktober sollen in ausführlichen Diskussionsrunden die Vorschläge des Senats zu den verschiedenen Themenbereichen ‚sozialer Wohnungsbau, Bestand und Mietensubvention‘, ‚kommunale Wohnungsunter-

nehmen‘ sowie ‚Wohnraumförderfonds‘ genau beleuchtet und das weitere Vorgehen besprochen werden. Erst wenn das Gesetz vom Abgeordnetenhaus beschlossen wurde, wird eine endgültige Entscheidung darüber erfolgen, inwieweit man damit die wesentlichen eigenen Forderungen als erfüllt ansieht oder nicht und ob der eigene Gesetzesvorschlag zurückgezogen oder weiterverfolgt wird. Im zweiten Fall wird ein Volksentscheid darüber gemeinsam mit der Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2016 angestrebt.

ANNETTE HEPPEL

## Eine Konferenz für die Metropole

# Zukunft gestalten. Ideen für Berlin

Berlin ist dazu verdammt, „immerfort zu werden und niemals zu sein“. Wem dieser Satz von Kurt Scheffler aus dem Jahre 1910 zu abgedroschen klingt, der sollte mal einen Blick auf die Entwicklung Berlins der vergangenen Jahre werfen.

Nur ein paar Beispiele: Da gab es mal einen Flughafen Tempelhof, wo jetzt nur noch Lenkdrachen, Inline-SkaterInnen und RadfahrerInnen starten. Das Flughafengebäude ist dank der Schlafmützigkeit des Senats noch weitgehend ungenutzt – aber es könnte zur Heimat von innovativen und kreativen Unternehmen werden: Vom Flughafen zum Kulturhafen.

Der Potsdamer Platz war vor 25 Jahren eine Brache, jetzt ist er ein Mittelpunkt der Stadt. Die City-West galt lange als abgehängt und verändert sich ganz aktuell rasant. Und wenn der Flughafen Tegel endlich geschlossen ist: Warum nicht Teile des Flughafengeländes nutzen, um zu zeigen, wie aus dem Ziel einer CO<sub>2</sub>-neutralen Stadt Wirklichkeit werden kann? Denn vor allem in den Städten entscheidet sich, ob wir den Klimawandel aufhalten können.

Jedes Jahr ziehen 120 000 Menschen nach Berlin, rund 70 000 wandern ab. Seit der Wiedervereinigung hat sich Berlins Bevölkerung zur Hälfte ausgetauscht. Die Hälfte der Menschen in dieser Stadt ist erst in den letzten Jahren zugezogen,

Die Regierungspolitik kommt mit der dynamischen Entwicklung Berlins nicht mit. Die Folgen dieser Politik des Hinterher-Hinkens sind überall zu beobachten: BER, Staatsoper, Wohnraumangel, mangelnde Stadtplanung, Chaos bei der Aufnahme von Flüchtlingen vor



Ein Blick auf die Gegenwart – was bringt die Zukunft? Foto: A.Savin/Wikimedia CC BY-SA 3.0

dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo).

### Opposition ist mehr als nur Kritik

Unsere Grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus gehört zu denen, die immer wieder auf diese Fehler und Versäumnisse des Senats hinweisen. Doch sie will auch Ideen für das Berlin von morgen entwickeln, diskutieren und in die Stadt hineintragen – mit einer Konferenz für Berlin.

„Unsere Stadt steht vor großen Aufgaben: Wie können Geflüchtete gut integriert und das Zusammenleben in einer wachsenden Stadt gestaltet werden? Wie lässt sich eine neue politische Kultur umsetzen, die Engagement als Bereicherung aufnimmt? Und wie kann Berlins grünes Wachstum zum Motor der Wirtschaft werden?“, benennt die Fraktionsvorsitzende Ramona Pop einige der zentralen Fragen der Konferenz. „Bei der Berlin-Konferenz wollen wir zuhören und mit den Bürgerin-

nen und Bürgern ins Gespräch kommen, welche Lösungen es für aktuelle und künftige Herausforderungen gibt.“

Es soll kein Kongress der üblichen Art werden. Die TeilnehmerInnen sollen nicht nur schlaun Vorträgen lauschen und ein paar Fragen stellen dürfen, nein sie sollen mitreden, Ideen einbringen und mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berg halten. Angesprochen und eingeladen werden AkteurInnen und MultiplikatorInnen aus Verbänden, Initiativen, Medien, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft, aus der Zivilgesellschaft. Und die Ergebnisse sollen nicht in der Schublade verschwinden. Die grünen Abgeordneten werden die Ergebnisse der Konferenz in die weitere parteiinterne Diskussion und Positionsbildung einbringen. Es geht um die Vernetzung mit der Stadtgesellschaft, nicht um deren Belehrung. Es geht um eine Einladung zur gemeinsamen Zukunftsgestaltung unserer Stadt.

ANNETTE HEPPEL/MATTHIAS TANG

Die Konferenz findet statt am 28. November 2015 im Abgeordnetenhaus von Berlin. Näheres zum Programm und den TeilnehmerInnen gibt es ab Ende Oktober auf [gruene-fraktion-berlin.de](http://gruene-fraktion-berlin.de)

## Der Grüne Bildungskongress

# Gute Schule 2030

Gute Bildung ist das Ergebnis hart erarbeiteten Wissens gepaart mit hervorragenden Ideen. Hervorragende Ideen gab es auch auf dem von Stefanie Remlinger, bildungspolitische Sprecherin der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus, organisierten Kongress „Gute Schule 2030“. Rund 250 Fachleute aus vielen pädagogischen Bereichen, Schülerinnen und Schüler, weitere Interessierte und eine ganze Reihe von grünen Abgeordneten haben sich Ende September von Vorträgen und Gesprächsrunden inspirieren lassen oder in den Workshops praktische Tipps und neue Gedanken für den schulischen Alltag mitgenommen.

„Nichts bringt Schule so sehr durcheinander wie bloßer Aktionismus“, sagte Sylvia Löhrmann, grüne Bildungsministerin in NRW, zum Auftakt. Umso wichtiger sei es, Schulen beim sogenannten „Change Management“ gut zu begleiten und auch nicht ganz so starken Schulen Zeit zu lassen für ihren Weg. Sie berichtete vom Schulkonsens im bevölkerungsreichsten Bundesland, der dem längeren gemeinsamen Lernen den Vorzug vor der frühen Auslese gibt. Das muss auch in Berlin unser Weg sein!

### Lernen läuft über Beziehungen

Viele erstaunte Gesichter, aber auch Begeisterung erzeugten die mit Verve präsentierten Vorstellungen von Margret Rasfeld, Schulleiterin der Evangelischen Schule in Berlin Mitte: Sie setzt mit ihrem Team radikal Reformen durch, ersetzt alte Strukturen komplett durch neues Denken und Handeln. „Lernen läuft über Beziehungen. Ein Lehrer, der am Vormittag vor 120 Kindern steht, kann keine Beziehung aufbauen“, lautet eine ihrer Thesen. Dem Kind viel



zutrauen, baulich und personell ein gutes Lernumfeld schaffen, jeden Menschen wichtig nehmen und die globalen Nachhaltigkeitsziele erreichen – das sind Rasfelds Leitziele für die „Gute Schule 2030“. „Die Vision muss groß sein – die Schritte dorthin können kleiner sein.“

In sieben unterschiedlichen Workshops wurde anschließend die Wegstrecke hin zur „Guten Schule 2030“ abgesteckt. „Zur guten Schule der Zukunft gehört nicht nur die Digitalisierung. Wichtig sind vor allem die interkulturelle Öffnung und Inklusion sowie mehr multiprofessionelle Teamarbeit in den Kollegien. Die gute Schule ist eine gesunde Schule mit lebensnahem Unterricht, der den Schülerinnen und Schülern etwas zutraut und ihnen nicht nur fertige Antworten vorsetzt“, erläuterte Stefanie Remlinger das thematische Konzept des Kongresses.

Wir werden noch viel dafür kämpfen müssen, damit die tollen Ideen und Reformen vernünftig umgesetzt werden.

Notizen vom Bildungskongress Foto: Stefanie Remlinger

Wir müssen erklären, warum und wie wir die Strukturen ändern wollen. Warum Teamarbeit noch wichtiger wird, warum Schulgebäude zurecht als „dritter Pädagoge“ bezeichnet werden. Auf dem Kongress wurde mehrfach von Überforderung, von Burn-out gesprochen – bei Erwachsenen wie Kindern. „Gute Schule 2030“ heißt, diese katastrophalen Bedingungen zu beseitigen.

Die Stimmung auf dem Kongress war dennoch nicht pessimistisch, sondern ausgesprochen konstruktiv. Als ausgezeichnete Ort für solche Gespräche und gegenseitige Vernetzung erwies sich der „Markt der Ideen“ mit seinen rund 25 Ausstellern, mit Twitterwall, Filmen, Umfragen und einem kleinen Bühnenprogramm. Und so zeigte sich nicht nur Tom Erdmann, der neue Vorsitzende der GEW, sichtlich beeindruckt von diesem Event: „Interessante und gut organisierte Veranstaltung“ twitterte er im Nachgang...

MATTHIAS TANG

## LAG Wissenschaft

## Prekäre Wissenschaft? Nicht mit uns!

Die Wissenschaft und insbesondere die Hochschulen sollen Großes für Berlin leisten. Dafür bekommen sie Geld vom Land. Aber der überwiegende Teil der dort arbeitenden Menschen wird in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen – im öffentlichen Auftrag! Egal ob jemand promoviert oder auch schon den Dokortitel in der Tasche hat, kurz befristete Kettenverträge – zuweilen über mehrere Jahre und für nur jeweils ein bis zwei Monate am Stück – und unbezahlte Überstunden sind zum Berufsstandard geworden. Hinzu kommt für Promovierende die Abhängigkeit sowohl vom Professor oder der Professorin als auch von Dienstvorgesetzten, BetreuerIn und PrüferIn.

Viele hoch qualifizierte WissenschaftlerInnen bleiben dabei auf der Strecke, haben keine Freiräume für Familiengründung, kaum eine Chance, von ihrem Beruf zu leben und stehen in der Lebensmitte vor dem beruflichen Aus – obwohl das Wissenschaftssystem ohne sie, ihre Kreativität, Innovationskraft und ihre Arbeit schlichtweg nicht funktionieren würde.

Daher hat die LAG Wissenschaft ein Konzept entworfen, wie allein auf Landesebene die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft massiv verbessert werden können. Einige Dinge davon kosten Geld, aber der Großteil kostet vor allem Gestaltungswillen und den Mut, mit liebgewonnenen Gewohnheiten zu brechen.

Im Kern fordern wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für alle Beschäftigten und wollen die Beschäftigung in Kurz- und Kettenverträgen massiv eindämmen und regulieren. Die Hochschulverträge und die Einführung verpflichtender Code of Conducts bieten dafür die geeigneten Mittel. Für Daueraufgaben sind neben der Professur weitere dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse einzurichten. Sehr wichtig ist uns die Forderung, dass bei den Promotionen die Rollen der arbeitsrechtlichen Vorgesetzten, der Bewertenden und der Betreuenden auf verschiedene Personen aufgeteilt werden. Dadurch soll das in manchen Fachkulturen



Als Existenzgrundlage für die Forschung lebt es sich oft nah am Existenzminimum.  
Foto: Shutterstock

geradezu feudale Verhältnis zwischen PromovendIn und BetreuerIn zugunsten der Betroffenen aufgebrochen werden.

Genauer über unser Konzept könnt ihr über unsere Homepage erfahren: [gruenlink.de/10qc](http://gruenlink.de/10qc).

EVA MARIE PLONSKA, MICHAEL GREINER  
SPRECHERINNEN DER LAG WISSENSCHAFT

## Steglitz-Zehlendorf

## Im Gespräch mit der Wirtschaft

vielschichtig und statt einfacher Lösungen sind flexible Ansätze gefragt, so die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen Abgeordnetenhausfraktion.

Flexibilität war zuvor von den anderen drei TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion angefordert worden: Der Zehlendorfer Martin Gaedt hat über die mangelnde Flexibilität der deutschen Ausbildungsbetriebe sogar ein Buch mit dem provokanten Titel „Mythos Fachkräftemangel“ geschrieben. Ebenso wie Gaedt, der selbst mit seiner Firma potenzielle Auszubildende und Unternehmen zusammenbringt, konnte auch Patrick Meinhardt vom Bundesverband mittelständische Wirtschaft berichten, dass Unternehmen dort Erfolg bei der Anwerbung talentierter Fachkräfte hatten, wo sie innovative Wege in der Rekrutierung gegangen sind. Vor allem kleinere Unternehmen würden den Wettbewerb um gute Arbeitskräfte verlieren, wenn sie sich nicht zusammenschließen und gegenseitig unterstützen, etwa durch die Weiterempfehlung der nächstbestgeeigneten KandidatInnen.

Christine Vogler, Leiterin der renommierten Wannsee-Schule und Mitglied im Landespflegebeirat, musste die Begeisterung sogleich bremsen. Betrachte man die Realität des Mangels in der Pflege, so sei ihr mit innovativen Rekrutierungsformen wenig geholfen. Es fehle vor allem an Flexibilität in den zuständigen Ämtern, wenn es etwa um die Einbindung zugezogener Fachkräfte ginge. Zum anderen fehle es am Geld im System, wengleich alle DiskutantInnen betonten, dass viele Töpfe und gute Programme zu wenig bekannt seien und nicht ausreichend abgerufen würden. Dass man zum Thema im Gespräch bleibe, dies wünschte sich Christine Vogler zum Abschluss.

Um die Diskussion pointiert weiterzuführen, wird der KV Steglitz-Zehlendorf im November in Verbindung mit arrivo Berlin eine Veranstaltung zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt veranstalten. Weitere Informationen folgen.

LUKAS UHDE

## LAG Europa

## TTIP, CETA und TISA stoppen

Im Herbst stehen wichtige Entscheidungen in den Verhandlungen um das Handelsabkommen TTIP an, die auch direkte Auswirkungen auf Berlin haben. Grund genug, unser Augenmerk zum europaweiten TTIP-Aktionstag am 10. Oktober auf Konsequenzen der Abkommen TTIP, CETA und TISA auf Berlin zu richten.

Unsere Stadt lebt von der Mitbestimmung der Berlinerinnen und Berliner: Wir wollen selbst entscheiden, wie wir unsere Da-



seinsvorsorge organisieren. So ist es Ziel des Energie- beziehungsweise des Wassertisches, diese wichtigen Versorgungsbereiche zurück in die Hände der Bürgerinnen und Bürger zu geben.

Genauso ist Berlin in den vergangenen Jahren zum Vorbild für faire Beschaffung geworden, indem es Vergaben an ökologische Kriterien und Standards wie Tarifreue und Geschlechtergerechtigkeit knüpft.

Doch nach derzeitigem Stand

werden durch TTIP diese politischen Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene erheblich eingeschränkt. Denn sozialökologische Vergabekriterien wie auch die Ergebnisse von Volksentscheiden oder Entscheidungen in den Parlamenten könnten als Handelshemmnisse ausgelegt und gekippt werden.

Besonders problematisch ist der in den Abkommen angelegte Mechanismus der Investor-Staats-Klagen (ISDS), des Rechts für ausländische InvestorInnen,

eine Privatjustiz anzurufen, die unabhängig von demokratischen Rechtssystemen verbindlich urteilt. Auch wenn die Europäische Kommission diese intransparenten Schiedsgerichte nun umbenennen will: Das Klageprivileg der Konzerne gegenüber Staaten bleibt. Welchen Entscheidungsrissen dabei auch Berlin ausgesetzt würde, zeigt das Beispiel der Vattenfall-Klage gegen Umweltauflagen für das Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg. Hier reichte schon die Androhung einer Strafe von

1,4 Milliarden Euro, damit die Auflagen aufgeweicht wurden.

In der LAG Europa beschäftigen wir uns mit der Frage, welche Auswirkungen TTIP, CETA und TISA auf Berlin haben und wie wir auch in den Bezirken über den Aktionstag hinaus das öffentliche Interesse für Handelsabkommen aufrecht erhalten können.

SIBYLLE STEFFAN UND TORBEN WÖCKNER  
SPRECHERINNEN DER LAG EUROPA

## LAG Medien

## Für einen hochwertigen Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Der „mediale Dschungel“ wird dichter: im Print, im Netz, im Radio, im Fernsehen. Die Frage lautet nicht mehr: „Wo finde ich Informationen?“ Sie lautet: „Kann ich diesen Informationen vertrauen?“ Gerade weil der Öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖrR) gebührenfinanziert, von Marktzwängen befreit ist, kann er beste Qualität liefern, ein Garant für kompetente Orientierung sein. Aber die Sendeanstalten sind in die Kritik geraten.

Unsere Landesarbeitsgemeinschaft Medien hinterfragt in Gesprächsrunden mit Verantwortlichen der Sendeanstalten sowie BranchenvertreterInnen:

› Ist eine größere Programmvielfalt auch in den Hauptsendezeiten möglich? Kann es nicht mehr Dokumentationen geben, produziert von mehr unabhängigen Produktionsunternehmen, ausgestrahlt auf unterschiedlicheren Sendeplätzen?

› Wie ist die Einhaltung von Qualitätsstandards in der Berichterstattung zu gewährleisten?

› Wie kommen wir zu fairen Vergütungen auch für SubunternehmerInnen, verhindern verdecktes Preisdumping und Scheinselbstständigkeit? Wir wollen eine angemessene Vergütung für die UrheberInnen.

› Wie erzielen wir mehr Transparenz in Finanzierung und Förderpolitik? Wer reicht wem welche Gelder aus? Auch müssen die Verantwortlichen offen legen: Welche Tochtergesellschaften geben an wen was für Aufträge weiter, welche agieren ohne Aufsichts- und Kontrollgremium?

› Wie schafft man eine gerechte Teilhabe in den Rundfunkgremien, damit alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen angemessen vertreten sind? Die Übermacht der Kirchen stellen wir infrage.

› Last but not least treten wir für einen werbefreien ÖrR ein. Denn Werbefreiheit

würde Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit stärken.

Das sind für eine Landesarbeitsgemeinschaft ambitionierte Themen und Ziele. Wir haben es mit großen Apparaten, Strukturen und juristischen Regelwerken zu tun. Wir versuchen deshalb gezielt Impulse zu setzen. Und es ist hoffnungsvoll: Es gibt Gleichgesinnte, auch in den Sendeanstalten.

Wir treffen uns in der Regel am 4. Mittwoch im Monat sowie zu Extraveranstaltungen. Gäste sind willkommen. Mehr auf unserer Website: [gruene-berlin.de/partei/landesarbeitsgemeinschaften/lag-medien](http://gruene-berlin.de/partei/landesarbeitsgemeinschaften/lag-medien).

UTA BELKIUS, ANGELO D'ANGELICO  
SPRECHERINNEN LAG MEDIEN



Große Veränderungen hinter großen Wänden? Der rbb.  
Foto: Axel Mauruszat

## Grüne Jugend Berlin

## Eine Schule für alle!

Die Grüne Jugend Berlin hat sich im vergangenen Jahr intensiv mit Bildung auseinandergesetzt und festgestellt: Es besteht auch weiterhin viel Verbesserungsbedarf!

Der hohe, viel bemängelte Sanierungsstau bei den Schulgebäuden führt dazu, dass Lernen in der Schule ein Sicherheitsrisiko mit sich bringt. Barrierefreiheit? Was'n das? Doch zum Lernen braucht es eine gute Atmosphäre. Der Sanierungsstau gehört aufgelöst, zur Gegenfinanzierung könnte der Senat einfach mal auf Prestigeprojekte verzichten.

Ebenso muss staatliche Förderung staatlichen Schulen zukommen. Zugang zu Schulen in freier Trägerschaft ist trotz vorgeschobener Stipendienprogramme doch zu sehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig. So wird eine bereits bestehende gesellschaft-



Friedrich-Fröbel-Schule in Köpenick  
Foto: Mazbln/wikimedia CC BY-SA 3.0

liche Privilegierung bestärkt. Die guten Ansätze vieler Schulen in freier Trägerschaft, was alternative Lernmethoden, kleinere Klassen und individuelle Förderung angeht, müssen allen offen stehen – statt an privaten Leuchtturmschulen an gut finan-

zierten öffentlichen Schulen.

## Bildung ist mehr als auswendig lernen

In der Schule für alle, wie sie der Grünen Jugend Berlin vorschwebt, lernen alle miteinander, geflüchtete Kinder und Jugendliche gemeinsam mit allen anderen. Vorhandene Sprachbarrieren gilt es durch geschultes Personal abzubauen, eine gute Betreuung muss sichergestellt werden, Traumata sollen aufgearbeitet und dürfen nicht durch Abschiebungen aus dem Unterricht erst ausgelöst werden.

In einer Schule für alle gibt es zudem keine Selektion mehr bereits im Alter von zehn oder zwölf Jahren. Stattdessen fordern wir gemeinsam mit den Berliner Grünen ein Ende des mehrgliedrigen Schulsystems. Und um frühzeitigem Leistungs-

druck entgegenzuwirken, die Abschaffung von Ziffernoten. Denn diese fördern Konkurrenzdenken statt Bildung.

Ein wichtiger Teil von Bildung ist kritisches Denken und zu lernen, in einer vielfältigen Gesellschaft zusammenzuleben und sich entfalten zu können. Deshalb fordern wir eine umfassende Demokratisierung des Bildungssystems, mehr Mitbestimmungsrechte für SchülerInnen und frühzeitig politische Bildung.

Gerade in Zeiten des Stillstands ist es wichtig, Visionen zu diskutieren und zu bewerben. Wenn die Schulen in Berlin in zehn Jahren wieder etwas mehr können sollen, müssen wir nun anfangen.

EMMA SAMMET

## Nachruf Angelika Höhne

Am 14. August 2015 ist Angelika Höhne, die langjährige Partei- und Fraktionsvorsitzende des grünen Kreisverbandes Spandau, im Alter von nur 52 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben.

Geboren 1962 im Wedding hat Angelika sich schon früh für alternative Politik engagiert und zu Beginn der 80er Jahre die Bezirksgruppe Spandau der damaligen Alternativen Liste Berlin mit aufgebaut. Von Anfang an trat sie für das friedliche Zusammenleben aller Menschen ein. Die Belange von Geflüchteten und MigrantInnen waren ihr ein besonderes Anliegen, nicht nur politisch, sondern auch ganz praktisch vor Ort: Angelika begleitete sie bei Ämtergängen und organisierte Deutsch-Kurse für sie.

Als langjährige Fraktionsvorsitzende in der Spandauer BVV hat Angelika Höhne ihre



Foto: Ralf Salecker – [www.unterwegs-in-spandau.de](http://www.unterwegs-in-spandau.de)

Erfahrungen genutzt, um soziale Missstände und Schief lagen im Bezirk aufzuzeigen und für wirksame Veränderungen zu kämpfen.

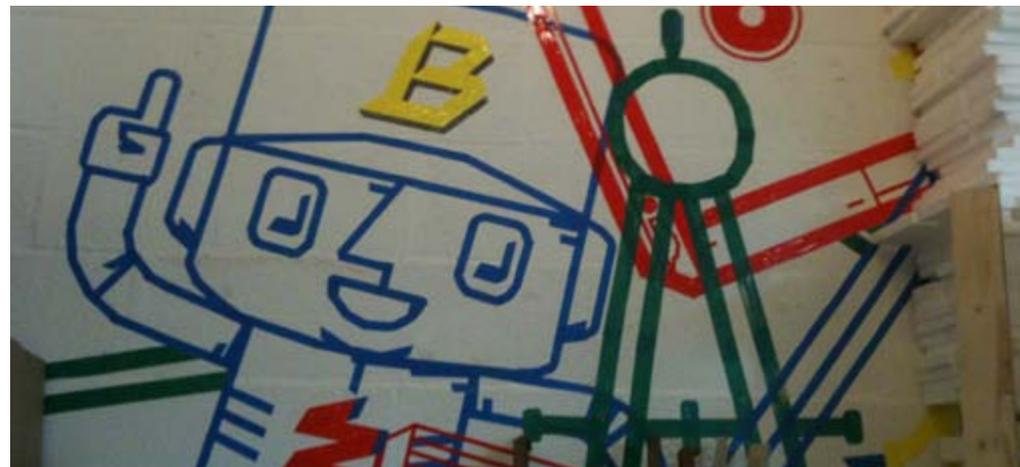
Mit ihr verliert die Spandauer Politik eine außerordentliche Persönlichkeit – eine Frau, die immer ein offenes Ohr für die Sorgen anderer hatte und die versucht hat zu helfen, wo sie nur konnte.

## Kreativwirtschaft in Berlin

# Von Perlen und Haifischen

Gerade war ich in Helsinki, auf der GREEN CITIES Konferenz und erlebte: – JA, der Ruf Berlins als kreative Kulturmetropole ist phantastisch. Vielfalt und Breite der Kultur werden als einmalig wahrgenommen. Da schwingt immer noch die Loveparade nach. Clubs öffnen fast rund um die Uhr, es gibt einzigartige Museen und Hochschulen, hier sind die Lebenshaltungskosten noch vergleichsweise günstig, unsere Stadt ist grün, die Menschen aufgeschlossen.

Wie immer locken aber genau diese Perlen „Räuber“ an. Auch in Berlin versammeln sich unglaubliche Summen an Wagniskapital. Zu oft nur aus einem Grund: Geld soll sich so rasant wie möglich vermehren. Die Rahmenbedingungen in Berlin sind für Venture Capital leider sehr viel besser als für Kulturschaffende und die meisten Kreativen. Berlin verkaufte neoliberal 200 000 öffentliche Wohnungen, öffentlicher Gewerberaum wurde privatisiert, Fördersteppiche werden immer wieder für Großunternehmen ausgerollt ohne nachhaltige Gegenleistung für die Kommune.



Eine gestaltete Wand im Betahaus, einem der größten Coworking-Spaces in Berlin.  
Foto: Paula Marttila  
CC BY-NC-ND 2.0

Was Berlins Regierung endlich beim Wohnungsbau verstanden hat, muss auch für die Kreativwirtschaft gelten: Berlin braucht keine von Geldgier getriebenen Hedgefonds und Startups, die unsere steuerfinanzierte, kulturelle Infrastruktur ausnutzen, wie Vampire die Ideen der meist schlecht bezahlten Kreativen aussaugen, Fördermechanismen für ihre globalen Strategien missbrauchen und vollgefressen weiterschwimmen, sobald der Stichtag für die hiesige Ansiedlung abgelaufen ist.

Berlin braucht AkteurInnen, die sich bewusst für Berlin ent-

scheiden, hier Unternehmen aufbauen, hier ihre kreativen Ideen entwickeln und hier bleiben.

Unsere Aufgabe als Grüne ist es, uns nicht von kurzfristigen Jubelmeldungen blenden zu lassen, sondern die Rahmenbedingungen für „gutes“ Arbeiten zu verbessern – das heißt: Räume sichern, soziale Netze verbessern, eine breite, öffentliche, kulturelle Infrastruktur pflegen und ausbauen sowie die Förderpolitik neu justieren.

**NOTKER SCHWEIKHARDT, MDA**  
SPRECHER FÜR KULTUR- UND  
KREATIVWIRTSCHAFT

## Zweckentfremdungsverbotsgesetz wird endlich nachgebessert

# Grüner Druck zeigt Wirkung

Über drei Jahre hat es gedauert, bis der Senat einen Beschluss des Abgeordnetenhauses zum Schutz von Wohnraum vor Zweckentfremdungen in ein Gesetz gegossen hat. Seit Mai 2014 ist es in Kraft. Allerdings mit beschränkter Wirkung. Mit Stand zum 1. August wurden insgesamt 6305 Ferienwohnungen bei den Bezirksämtern gemeldet – mehrheitlich in den Innenstadtbezirken, wo der Woh-

nungsmangel am größten ist. Berechnungen der Mieterverbände gehen von 12 000 bis 18 000 illegalen Ferienwohnungen aus.

Immerhin sind zwei große Korrekturen des Gesetzes jetzt in Planung: Zum Einen wird der lange von uns geforderte Softwareeinsatz für Onlinerecherchen von Ferienwohnungen ermöglicht. Zum Anderen wird die sogenannte Genehmi-

gungsfiktion von 2016 auf 2018 verschoben. Konkret bedeutet das: Wenn ein Bezirksamt nicht innerhalb von sechs Wochen den Genehmigungsantrag bearbeitet und anschließend die Verlängerungsfrist verstreicht, müssen Ferienwohnungen automatisch genehmigt werden. Einzig richtig wäre jedoch deren Abschaffung gewesen.

Denn auch ein weiteres



Problem bleibt: Die Bezirke werden bei der Umsetzung des Gesetzes nicht ausreichend unterstützt. Der Senat hat nur 34 zusätzliche Stellen bewilligt. Das sind gerade einmal ein Fünftel der MitarbeiterInnen, die bis zum Auslaufen des früheren Zweckentfremdungsgesetzes im Jahr 2001 mit der Umsetzung befasst waren – obwohl heute viel mehr Ferienwohnungen existieren. Dabei ist eine ausrei-

chende personelle Ausstattung entscheidend. Hinweise auf illegale Ferienwohnungen und andere Zweckentfremdungen von Wohnraum gibt es mit über 4000 Anzeigen genug – viele Bezirke kommen aber schlichtweg mit der Überprüfung nicht hinterher. Auch die Ausnahmen für Abriss und spekulativen Leerstand bleiben weiterhin viel zu lax – hier hat der Senat die Kritik ignoriert und keine

Verschärfungen vorgesehen.

Zwar kann ein Zweckentfremdungsgesetz nicht alle Probleme auf dem Wohnungsmarkt lösen. Dennoch ist es insbesondere für die Bestandspolitik in innerstädtischen Wohnlagen zentral. Richtig umgesetzt kann es ein wichtiger Baustein einer sozialen Wohnungspolitik sein.

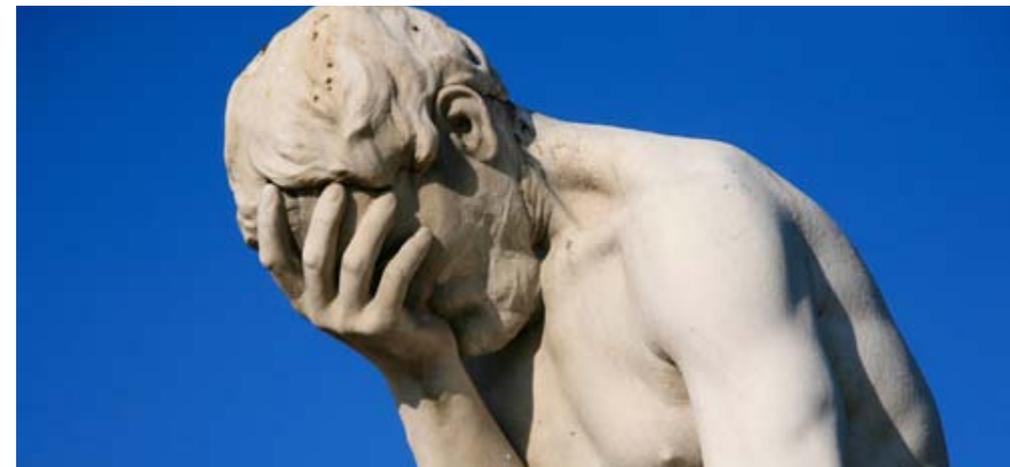
**KATRIN SCHMIDBERGER, MDA**  
MIETENPOLITISCHE SPRECHERIN

## Update überfällig

# Senat verschläft E-Government

Die IT- und E-Governmentpolitik des rot-schwarzen Senats ist ein Desaster und einer "Smart City" nicht würdig. Dabei hatte sich Rot-Schwarz viel vorgenommen: Unterschiedliche IT-Lösungen sollten vereinheitlicht werden, mehr IT-Einsatz die Personalentwicklung optimieren. Bis 2016 sollten rund 34 000 IT-Arbeitsplätze auf die eAkte umgestellt sein. Von all dem ist bisher nichts umgesetzt. Stattdessen hagelt es IT-Skandale: Windows XP und Windows Server 2003 sind noch im Einsatz, obwohl der Support längst abgelaufen ist. Der Senat hatte versäumt, die Anpassung von IT-Fachverfahren (IT-Anwendungen zur Erledigung von Verwaltungsaufgaben) auf neue Windows-Versionen zu koordinieren. Nun sind vom Waffenregister bis zur Jugendhilfe Daten gefährdet. Eines von vielen Beispielen, wie der Senat die IT-Sicherheit der Stadt riskiert. Das IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ), das Abhilfe schaffen könnte, macht derweil durch Serverausfälle Antiwerbung für sich.

Wären es Betonbauten, in Berlin stünden gleich mehrere IT-Investitionsruinen. So wurde das Projekt eGovernment@



Kaum zum hinsehen: Der Senat und das Neuland.  
Foto: Alex E. Proimos  
CC BY 2.0

school nach acht Jahren für 40 Mio € gegen die Wand gefahren und wird völlig neu gestartet. Folglich werden die Schulen erst 2020 sicher an die Verwaltung angebunden sein. Die eAkte soll jetzt nur noch an 2000 Arbeitsplätzen getestet werden. Das Personal, das sie kompensieren soll, ist längst eingespart. Ein E-Governmentgesetz für Berlin liegt seit sechs Jahren im Entwurf vor. Im Herbst soll es endlich das Abgeordnetenhaus erreichen. Wirkung wird es bis zur Wahl 2016 nicht mehr erzielen.

Unsere Vorschläge liegen seit Jahren vor: Zentralere Steuerung der IT-Aufgaben durch eineN

Chief Informationen Officer (CIO). Umstellung auf Open Source Software, damit wir uns aus der Abhängigkeit von Microsoft befreien. Sanktionen bei Verstößen gegen die IT-Sicherheit. Sichere E-Mails durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard für alle Verwaltungen. Green-IT, IT-Nachnutzung und -Recycling als Teil eines Standard-PC's. Transparenz der Daten per Gesetz. Berlins Verwaltung ist noch alles andere als smart. Eine Herausforderung für alle, die zukünftig diese Stadt regieren wollen.

**THOMAS BIRK, MDA**  
SPRECHER FÜR  
VERWALTUNGSMODERNISIERUNG

## Eine notwendige Streichung

# „Rasse“ hat in der Verfassung nichts verloren

„Niemand darf wegen [...] seiner Rasse [...] benachteiligt oder bevorzugt werden.“ So steht es in Artikel 10 Absatz 2 der Berliner Landesverfassung und gibt Anlass zu Missverständnissen: Denn menschliche Rassen gibt es nicht, wohl aber bestimmte vererbare Merkmale wie z.B. die Hautfarbe, mit denen dann die anthropologisch falsche Zuschreibung von Rassen begründet wird. So warnte zuletzt der UN-Antirassismus-Ausschuss in seinem Staatenbericht über Deutschland davor, dass die Verwendung des Begriffs „Rasse“ der Vorstellung Vorschub leisten könne, es gebe unterschiedliche Menschenrassen.

Deswegen wollen wir zur Klärung die „Rasse“ aus der Berliner Landesverfassung streichen und durch den Begriff „rassistisch“ ersetzen. Diese Formulierung entspricht der Empfehlung der Mehrheit der Sachverständigen, u.a. der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD)



Grafik: Kalle Erlacher

und des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR), die im Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses auf unsere Initiative hin angehört wurden. Dabei erinnerte Kwesi Aikins (ISD) daran, dass der Begriff „Rasse“ seit der Aufklärung eine zentrale Rolle in der Legitimierung, Verbreitung und Normalisierung von rassistischem Gedankengut gespielt hat. Aus Sicht des DIMR kann die von uns vorgeschlagene Verfassungsänderung das menschen- und grundrechtlich verbriefte Verbot rassistischer Diskriminierung verstärken.

Wichtig war uns von Anfang an, dass durch die Änderung keine Schutzlücken entstehen, d.h. bestimmte rassistische, z.B. antisemitische Diskriminierungen nicht mehr erfasst würden, was bei einer bloßen Streichung des Begriffs „Rasse“ die Gefahr wäre. Denn die Verfassung prägt ja auch

Werte und Wertevorstellungen und wir wollen die Bevölkerung des Landes Berlin erreichen.

Brandenburg ist diesen Schritt bereits gegangen und hat mit breiter Mehrheit von den Linken über die SPD bis hin zur CDU seine Verfassung geändert. Wir bedauern es, dass die rot-schwarze Koalition in Berlin diesem Beispiel nicht gefolgt ist und den Antrag – wenn auch mit einem „schlechten Gefühl“, wie es der Redner der SPD formulierte – abgelehnt hat.

**DIRK BEHRENDT, MDA  
RECHTSPOLITISCHER SPRECHER  
UND ALEXANDER KLOSE**

## #noHatePost

# Hasskommentare und Cybergewalt ächten

Im Oktober 2014 wurden bei der alljährlichen Gleichstellungs- und FrauenministerInnenkonferenz (GFMK) unter dem Tagesordnungspunkt "Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen bekämpfen" mehrere Beschlüsse gefasst, um der zunehmenden Gewalt im Internet etwas entgegen zu setzen. Hier richtete sich der Blick auf diejenigen, die in immer stärkerem Maße sexistischen und gewalttätigen Hasskommentaren ausgesetzt waren. Mit heutigem Blick auf die sich verschärfende Lage

in den sozialen Netzwerken ist eine Umsetzung der von der diesjährigen GFMK noch einmal bestätigten Beschlüsse dringender denn je geboten.

Um dem auch hier untätigen Senat auf die Sprünge zu helfen haben wir inzwischen einen Antrag ins Parlament eingebracht, der die wichtigsten Punkte aufgreift und an entscheidenden Stellen verstärkt, die vielen Prüfaufträge zusammenfasst und klare Handlungsaufträge formuliert. Im Wesentlichen

Virtuelles Mobbing verletzt  
real.  
Foto: Pro Juventute  
CC BY 2.0



## Berlin als Raum der Möglichkeiten

# Nachhaltig investieren, Teilhabe garantieren



Die Stadt fahrradfreundlicher gestalten. Nur eine der grünen Forderungen.

Foto: Tomasz Sienicki  
CC BY 3.0

Viele Berlinerinnen und Berliner haben in den letzten Monaten die Geflüchteten herzlich empfangen und willkommen geheißen. Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement konnten sie ein wenig auffangen, was im rot-schwarz regierten Berlin nicht funktioniert hat. Im Rahmen der Sommerklausur der Grünen Fraktion sind wir deshalb zu dem Schluss gekommen, dass es die dringendste Aufgabe ist, allen Ankommen-

den eine menschenwürdige Unterkunft bereitzustellen. Im zweiten Schritt müssen jedoch die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die einst Geflüchteten am gesellschaftlichen Leben der Stadt auch teilhaben können. Daher brauchen wir für alle Berliner Kinder gute Kitas und gute Schulen. Für uns Grüne haben Investitionen in die Bildung Priorität – denn das sind Investitionen in die Zukunft aller.

Auch Kultur ermöglicht Teilhabe. Berlin ist bereits jetzt deutsche Kulturhauptstadt und Metropole der interkulturellen Bildung. Damit das so bleibt, hat die Grüne Fraktion auf der Klausurtagung eine Reform der Kulturförderung und ein Konzept zur Sicherung von (Frei-)Räumen für die Kulturproduktion beschlossen. Denn in der wachsenden Stadt ist nicht nur der Wohnraum knapper geworden – auch viele (kulturelle) Freiräume verschwinden.

Ein lebenswertes Berlin braucht nicht nur gute Rah-

menbedingungen für Teilhabe, ausreichend bezahlbare Wohnungen, eine gut ausgebaute Infrastruktur, sondern auch das Stadtgrün muss mitwachsen. Daher wollen wir bis 2021 insgesamt 171 Millionen Euro in ökologische Projekte der wachsenden Stadt investieren: So sollen zum Beispiel die Fahrradinfrastruktur ausgebaut, der öffentliche Nahverkehr erweitert, aber auch neue Bäume gepflanzt und Dächer begrünt werden. Wo nachverdichtet und neu gebaut wird, sollen die Häuser und Quartiere der Zukunft inklusiv und klimaeffizient sein – denn das schont auf lange Sicht nicht nur unsere Umwelt, sondern auch jeden Geldbeutel.

Wir wollen die wachsende Stadt als „Green City“ gestalten: Grüne Investitionen in die Zukunft sind Investitionen in die ökologische Modernisierung, aber auch in die Teilhabe aller Berlinerinnen und Berliner.

**ANTJE KAPEK, MDA  
STADTENTWICKLUNGSPOLITISCHE  
SPRECHERIN UND FRAKTIONS-VORSITZENDE**

handelt es sich im ersten Schritt um Fortbildungsmaßnahmen für Polizei, Staatsanwaltschaft, Richterschaft. Vielen ist die Brisanz der Hassmails und Gewaltandrohungen nicht bewusst. Hier besteht Aufklärungsbedarf.

Desweiteren soll es eine berlinweite Kampagne gegen Cybergewalt und -sexismus geben, sollen bestehende Beratungs- und Aufklärungsprojekte gestärkt und Jugend- und Freizeiteinrichtungen vermehrt zur Aufklärungsarbeit befähigt

werden. Die GFMK hat hier gut vorgearbeitet. Die Maßnahmen sind miteinander abgestimmt und können eigentlich sofort umgesetzt werden. Wenn sie greifen, kann man sie jederzeit auf alle ausweiten.

Andere Länder sind da viel weiter. In Österreich gilt bald ein Gesetz, das Cybermobbing unter Strafe stellt: Wer die Intimsphäre anderer im Internet verletzt, kann mit einer Haftstrafe von bis zu einem Jahr bestraft werden, bis zu drei

Jahren, falls das Opfer mit Suizid oder Suizidversuch auf das Mobbing reagiert. So weit sind wir hierzulande noch nicht, in Berlin, das sich digital ungefähr im Jahr 2005 befindet, schon gar nicht. Deshalb ist unsere Forderung, an dieser Stelle auch das Gewaltschutzgesetz (GewSchG) um ein Regelbeispiel "Verfolgung im Internet" zu ergänzen und um eine Sperr- und Löschanordnung zu erweitern.

**ANJA KOEBINGER, MDA  
FRAUENPOLITISCHE SPRECHERIN**

# Lokale AnsprechpartnerInnen

## Reinickendorf

Brunowstr. 49, 13507 Berlin  
Tel.: 8092 68 99 – Fax: 9 02 94 21 91  
[kreisverband@gruene-reinickendorf.de](mailto:kreisverband@gruene-reinickendorf.de)  
[www.gruene-reinickendorf.de](http://www.gruene-reinickendorf.de)

## Pankow

Pappelallee 82, 10437 Berlin  
Tel.: 50 18 03 39  
[buero@gruene-pankow.de](mailto:buero@gruene-pankow.de)  
[www.gruene-pankow.de](http://www.gruene-pankow.de)

## Landesgeschäftsstelle

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin  
Tel.: 615005-0 – Fax: 615005-99  
Mo-Do 10:00-17:00, Fr 10:00-14:00  
[info@gruene-berlin.de](mailto:info@gruene-berlin.de)  
[www.gruene-berlin.de](http://www.gruene-berlin.de)

## Mitte

Malplaquetstr. 7, 13347 Berlin  
Tel.: 544 68 299  
[mitte@gruene-berlin.de](mailto:mitte@gruene-berlin.de)  
[www.gruene-mitte.de](http://www.gruene-mitte.de)

## Spandau

Jagowstr. 15, 13585 Berlin  
Tel.: 335 97 14 – Fax: 336 02 73  
[alspandau@freenet.de](mailto:alspandau@freenet.de)  
[www.alspandau.de](http://www.alspandau.de)

## Charlottenburg-Wilmersdorf

Wilmersdorfer Str. 60/61  
10627 Berlin  
Tel.: 86 42 33 00 – Fax: 31 80 81 28  
[kv@gruene-cw.de](mailto:kv@gruene-cw.de)  
[www.gruene-cw.de](http://www.gruene-cw.de)

## Steglitz-Zehlendorf

Berliner Str. 57, 14169 Berlin  
Tel.: 85 07 41 53 – Fax: 85 07 41 54  
[kreisverband@gruene-suedwest.de](mailto:kreisverband@gruene-suedwest.de)  
[www.gruene-suedwest.de](http://www.gruene-suedwest.de)

## Tempelhof-Schöneberg

Fritz-Reuter-Str. 1  
10827 Berlin  
Tel.: 53 60 41 46  
[kiezbuero@gruene-ts.de](mailto:kiezbuero@gruene-ts.de)  
[www.gruene-ts.de](http://www.gruene-ts.de)

## Neukölln

Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin  
Tel.: 67 12 08 12 – Fax: 67 12 08 11  
[info@gruene-neukoelln.de](mailto:info@gruene-neukoelln.de)  
[www.gruene-neukoelln.de](http://www.gruene-neukoelln.de)

## Lichtenberg

Münsterlandstraße 33, 10317 Berlin  
Tel.: 32 53 42 39 – Fax: 40 03 68 20  
[buero@gruene-lichtenberg.de](mailto:buero@gruene-lichtenberg.de)  
[www.gruene-lichtenberg.de](http://www.gruene-lichtenberg.de)

## Marzahn-Hellersdorf

Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin  
Tel.: 5 41 40 19 – Fax: 70 24 88 95  
[info@gruenemarzahnellersdorf.de](mailto:info@gruenemarzahnellersdorf.de)  
[www.gruenemarzahnellersdorf.de](http://www.gruenemarzahnellersdorf.de)

## Friedrichshain-Kreuzberg

Dresdener Str. 10, 10999 Berlin  
Tel.: 6 14 31 46 – Fax: 6 14 31 42  
[info@gruene-xhain.de](mailto:info@gruene-xhain.de)  
[www.gruene-xhain.de](http://www.gruene-xhain.de)

## Treptow-Köpenick

Schnellerstr. 23, 12439 Berlin  
Tel.: 65 49 42 30  
[treptow-koepenick@gruene-berlin.de](mailto:treptow-koepenick@gruene-berlin.de)  
[www.gruene-treptow-koepenick.de](http://www.gruene-treptow-koepenick.de)

## Nicht schön, aber nützlich

# Grünes Glossar

### AG

Arbeitsgemeinschaft  
**BAG**  
Bundesarbeitsgemeinschaft  
**BDK**  
Bundesdelegiertenkonferenz (Bundesparteitag)  
**BFR**  
Bundesfinanzrat:  
Gremium der Landesschatzmeister  
**BGS**  
Bundesgeschäftsstelle (Sitz in Berlin)  
**BI**  
Bürger\*innen-initiative

### BTW

Bundestagswahl  
**BuVo**  
Bundestagsvorstand  
**FR**  
Finanzrat  
**GJ**  
Grüne Jugend  
**HBS**  
Heinrich-Böll-Stiftung  
**KGS**  
Kreisgeschäftsstelle  
**KV**  
Kreisverband  
**LAG**  
Landesarbeitsgemeinschaft

### LaVo

Landesvorstand  
**LDK**  
Landesdelegiertenkonferenz (Landesparteitag)  
**LFR**  
Landesfinanzrat:  
Gremium der Kreisschatzmeister  
**LGS**  
Landesgeschäftsstelle  
**LA**  
Landesausschuss  
**LR**  
Länderrat:  
kleiner Parteitag auf Bundesebene

### LV

Landesverband  
**MdA**  
Mitglied des Abgeordnetenhauses  
**MdB**  
Mitglied des Bundestages  
**MdEP**  
Mitglied des Europaparlaments  
**MdL**  
Mitglied des Landtags (Flächenland)  
**MV**  
Mitglieder-versammlung  
**OV**  
Ortsverband

## IMPRESSUM

3/2015, 37. Jg. Nr. 194  
**Herausgeber**  
Bündnis 90/Die Grünen Berlin  
**Redaktionsanschrift**  
Tel: + 49 30 61 5005-0 (LGS),  
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin  
**Auflage** 5000  
**Redaktion**  
Annette Heppel, Annemarie Klimke, Detlef Fritz (-tz, df),  
Matthias Tang (V.i.S.d.P.)  
**Layout**  
Kalle Erlacher  
**Druck**  
Oktoberdruck AG  
(100 % Recyclingpapier)  
**Redaktionsschluss**  
30. September 2015  
**Leserbriefe** bitte per Email senden an:  
[stachlige-argumente@gruene-berlin.de](mailto:stachlige-argumente@gruene-berlin.de)  
Die einzelnen Beiträge der AutorInnen geben die Meinung der jeweiligen VerfasserInnen wieder und nicht notwendigerweise die der Redaktion.

# Inhaltliche AnsprechpartnerInnen

## Bildung

14tägig mittwochs um 19:30 im AGH\*  
Stefanie Remlinger, Torsten Wischnewski  
[stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de)  
[torsten.wischnewski@gruene-pankow.de](mailto:torsten.wischnewski@gruene-pankow.de)

## Bio- und Gentechnik

jeden 3. Mittwoch im Monat um 19:00 im Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10  
Eric Meyer  
[eric\\_meyer\\_m.sc@hotmail.de](mailto:eric_meyer_m.sc@hotmail.de)

## Bündnisgrüne ChristInnen

jeden 3. Donnerstag im Monat um 19:15, Kreisgeschäftsstelle Pankow, Pappelallee 82 oder im AGH\*  
Alexander Barthel  
[lag.christinnen@gruene-berlin.de](mailto:lag.christinnen@gruene-berlin.de)

## Demokratische Rechte

14tägig montags um 19:30 im AGH\*  
Daniela Ehlers, Lutz Birkholz  
[demrecht@gruene-berlin.de](mailto:demrecht@gruene-berlin.de)

## Drogenpolitik

jeden 4. Mittwoch im Monat 20:00 im Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10  
Silke Kolwitz, Tibor Harrach  
[lag.drogenpolitik@gruene-berlin.de](mailto:lag.drogenpolitik@gruene-berlin.de)

## Energie Brandenburg Berlin

jeden 4. Mittwoch im Monat um 19:00, Ort bitte erfragen  
Marion Hasper  
[marion.hasper@gruene-berlin.de](mailto:marion.hasper@gruene-berlin.de)

## Europa Berlin Brandenburg

14tägig montags um 19:00 im AGH\*  
Sibylle Steffan, Jakob Höber  
[lag-europa@gruene-berlin.de](mailto:lag-europa@gruene-berlin.de)

## Frauen- & Geschlechterpolitik

jeden 3. Mittwoch im Monat, 19:00, LGS  
Bahar Haghanipour, Stefanie Klank, Julia-Maria Sonnenburg  
[lag.frauen@gruene-berlin.de](mailto:lag.frauen@gruene-berlin.de)

## Frieden & Internationales

monatlich montags, 19:00, LGS  
Andreas von Brandt, Irina Dettmann  
[irina.dettmann@gruene-berlin.de](mailto:irina.dettmann@gruene-berlin.de)

## Gesundheit & Soziales

Termine bitte erfragen, jeweils von 19:00 bis 21:00 im AGH\*  
Wolfgang Schmidt, Michael Haberkorn  
[wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de](mailto:wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de)  
[michael.haberkorn@gruene-berlin.de](mailto:michael.haberkorn@gruene-berlin.de)

## Kultur

jeden 3. Mittwoch im Monat und in unregelmäßigen Abständen „Kultur on Tour“, Ort und Zeit bitte erfragen.  
Antonia Simon, Henry Arnold  
[antoniasimon@gmx.de](mailto:antoniasimon@gmx.de)  
[mail@henryarnold.de](mailto:mail@henryarnold.de)

## Medien

an jedem 4. Mittwoch im Monat um 19:30 im AGH\*  
Uta Belkuis, Angelo D'Angelico  
[uta.belkuis@gruene-berlin.de](mailto:uta.belkuis@gruene-berlin.de)  
[ada@gruene-berlin.de](mailto:ada@gruene-berlin.de)

## Migration

jeden 4. Donnerstag im Monat im AGH\*  
Filiz Keküllüoğlu, Timon Perabo  
[migration@gruene-berlin.de](mailto:migration@gruene-berlin.de)

## Mobilität

jeden 1. Mittwoch im Monat, Ort und Termin bitte erfragen  
Matthias Oomen  
[lag-mobilitaet@gruene-berlin.de](mailto:lag-mobilitaet@gruene-berlin.de)

## Netzpolitik

1. oder 2. Donnerstag im Monat, Ort und Termin siehe Webseite  
Thomas Künstler  
[netzpolitik@gruene-berlin.de](mailto:netzpolitik@gruene-berlin.de)

## Planen, Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

i.d. Regel am 2. Mittwoch im Monat um 18:00 im AGH\*  
Julia Gerometta, Martin Reents  
[lag-bauen@gruene-berlin.de](mailto:lag-bauen@gruene-berlin.de)

## QueerGrün

jeden letzten Mittwoch im Monat um 19:00 im Kiezbüro Tempelhof-Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1  
Maria Meisterer, Ulli Reichardt  
[queer@gruene-berlin.de](mailto:queer@gruene-berlin.de)

## Säkulare Grüne

jeden ersten Mittwoch im Monat um 19:00 im Kiezbüro Tempelhof-Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1  
Jürgen Roth, Gudrun Pannier  
[juergenroth@t-online.de](mailto:juergenroth@t-online.de)  
[g.pannier@pannier-schulungen.de](mailto:g.pannier@pannier-schulungen.de)

## Umwelt

jeden 3. Montag im Monat, 19:00 im AGH\*  
Marion Hasper  
[marion.hasper@gruene-berlin.de](mailto:marion.hasper@gruene-berlin.de)

## Wirtschaft & Finanzen

14tägig donnerstags, 19:00 in der Bundesgeschäftsstelle, Am Neuen Tor 1  
Wolfgang Remmers, Eleonore Bausch  
[lag-wirtschaft@gruene-berlin.de](mailto:lag-wirtschaft@gruene-berlin.de)

## Wissenschaft

jeden 1. Mittwoch im Monat um 18:30 im AGH\*  
Eva Marie Plonske, Michael Greiner  
[eva.plonske@gruene-berlin.de](mailto:eva.plonske@gruene-berlin.de)  
[michael.greiner@gruene-berlin.de](mailto:michael.greiner@gruene-berlin.de)

## Grüne Jugend Berlin

jeden Montag ab 19:00 in der Dirschauer Str. 13 in Friedrichshain  
Emma Sammet, Christoph Husemann  
[info@gruene-jugend-berlin.de](mailto:info@gruene-jugend-berlin.de)  
[www.gj-berlin.de](http://www.gj-berlin.de)

## AG Aktiv gegen Rechts

jeden 3. Mittwoch im Monat um 19:30, Ort bitte erfragen  
Carola Scheibe-Köster, Daniel Gollasch  
[carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de](mailto:carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de)  
[daniel.gollasch@gruene-berlin.de](mailto:daniel.gollasch@gruene-berlin.de)

## GewerkschaftsGrün

jeden 2. Donnerstag im Monat, 19:00  
Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Str. 9  
Angelika Höhne  
[info@gewerkschaftsgruen-berlin.de](mailto:info@gewerkschaftsgruen-berlin.de)

## AK Grundsicherung/Grundeinkommen

i.d. Regel 3. Mittwoch im Monat um 19:00 im AGH\*  
Joachim Behncke  
[ak-grundsicherung@gruene-berlin.de](mailto:ak-grundsicherung@gruene-berlin.de)

## AG Sport

am 3. Mittwoch im Monat 18:00 im AGH\*  
Anja Schillhaneck  
[anja.schillhaneck@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:anja.schillhaneck@gruene-fraktion-berlin.de)

## AG Tierschutzpolitik

alle 2 Monate am letzten Mittwoch im Monat um 19:00 im AGH\*  
Christina Soehner  
[christina.soechner@gmx.de](mailto:christina.soechner@gmx.de)

## AG Verbraucherschutz

Ort und Zeit bitte erfragen  
Turgut Altug  
[turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de)

\* Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchner Str. 5

# Termine

10.10. – 11:00 Uhr  
Uferstudios  
**Landesdelegiertenkonferenz #LDK152**

10.10. – 12:00 Uhr  
Hauptbahnhof  
**Großdemonstration Stop TTIP & CETA Demo**

12.10. – **18:30 Uhr**  
Abgeordnetenhaus Berlin  
**„Umweltschatz Wasser II“ Vierte Reinigungsstufe im Klärwerk**

13.10. – 19:30 Uhr  
Begegnungsstätte  
**Bezirksgruppe KV Friedrichshain-Kreuzberg**

15.10. – 19:30 Uhr  
Buchhandlung Hundt Hammer Stein  
**„Was macht ihr mit meinen Daten?“ - Lesung mit Malte Spitz**

27.10. – 19:30 Uhr  
Begegnungsstätte  
**Bezirksgruppe KV Friedrichshain-Kreuzberg**

28.10. – 19:00 Uhr  
**Oktober Sitzung der LAG QueerGrün**

28.10. – 19:00 Uhr  
**LAG Energie BB**

28.10. – 19:00 Uhr  
Abgeordnetenhaus von Berlin  
**LAG-Medien: Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb)**

28.10. – 20:00 Uhr  
Igelbau Grüne Kreuzberg  
**Treffen der LAG Drogenpolitik**

02.11. – 18:30 Uhr  
Abgeordnetenhaus Berlin  
**„Umweltschatz Wasser - III“ Regenwassermanagement vor Ort**

